

Bezugspreis*) monatl. M.
bei der Gesellschaft. 6 700 000
bei den Ausgaben. 7 000 000
durch Zeitungsb. 7 300 000
durch Post. 6 986 000
einschl. Postgebühren.
ins Ausland 11 000 000 p. M.
in deutscher Währung nach Russland

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Seine und Post haben das Recht, bei weiterer Gebührenverrechnung eine Nachforderung zu erheben.

Fernr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Polen und Russland.

Die Wiederaufnahme der russisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen scheint immer noch in weitem Felde zu stehen, obwohl man sowohl auf polnischer wie auf russischer Seite an die Ernennung Darowiskis zum polnischen Gesandten in Moskau gewisse Hoffnungen geknüpft hatte. Die Absahrt der polnischen Delegation, welche die Handelsvertragsverhandlungen in der russischen Hauptstadt führen sollte, ist abermals verschoben worden, ohne daß irgend etwas verlautet, wann sie nunmehr erfolgen soll. Inzwischen wird das altgewohnte Spiel auf beiden Seiten weitergetrieben. Häben wie drüben bejoni man die überwiegend wirtschaftlichen Gründe, die für den anderen Vertragsgegner maßgebend sein müssten, recht bald zu einem Übereinkommen zu gelangen. Dass man neuerdings auf russischer Seite wieder politische Bindungen (Revision des Rigaer Vertrages, anderweitige Lösung der Wiafrage, Wirkung Russlands bei der Memelkonvention) in die Debatte geworfen hat, geht natürlich wieder Öl in das Feuer. Anscheinend spielt man aber in Russland nur mit verteilten Rollen, was ja der Sowjetregierung um so leichter fällt als es überhaupt nur eine von den verschiedenen Volkskommissariaten abhängige Presse dort gibt. Einiggleichzeitig, als die „Ekonomschesskaja Schiss“ kürzlich die politische Geste machte, die in Polen soviel Erregung hervorrief, hat Kalinin sich auf einer weißrussischen Konferenz in Minsk wesentlich freudlicher geführt, wenn auch er insfern dieselbe Seite anstieß, als er durchblicken ließ, daß Russland heute eigentlich nicht mehr viel an dem Handelsvertrag mit Polen gelegen sein könne.

Er wies u. a. auf die alten engen Beziehungen hin, die in Warschau begannen und in Wladivostok endeten, als es noch ein großes, mit Polen vereinigtes russisches Reich gab, und erwähnte vor allem die erfolgreiche Konkurrenz der polnischen Textilindustrie mit denjenigen des russischen Zentralreviers. Man hätte erwarten müssen, daß nach der Besetzung der Stellung der Sowjetregierung die polnisch-russischen Beziehungen wieder aufgenommen worden wären. Das sei aber „an der Unfähigkeit der polnischen Bürgerregierung“ gescheitert. Bisher seien die gegenseitigen Handelsbeziehungen noch äußerst schwach entwickelt. Polen benötige russische Erze und andere Rohstoffe, habe aber den geeigneten Moment verpaßt und könnte das Versäumte auch nicht mehr einholen, wenn es nunmehr einen Handelsvertrag mit Russland abschließen würde. Von den Bemühungen Darowskis, des früheren polnischen Arbeitsministers (der vor dem Kriege bekanntlich Leiter einer Fabrik in Moskau war), erhoffe man jetzt eine wirtschaftliche Annäherung. Vor zwei Jahren hätten solche Bemühungen auch für Russland großen Wert gehabt. Heute seien sie aber nicht mehr so aktuell. Jetzt sei für Russland am wichtigsten die Erhaltung des Friedens an den russischen Grenzen. Im Anschluß hieran stellte Kalinin die Frage, wie man die verschiedenen Brudervölker, die doch nicht infolge Anschaufungen der beiden Brudervölker, die doch nicht infolge wirtschaftlicher Verhältnisse auseinandergegangen seien, unter einen Hut bringen könne.

Hierzu glaubt ein polnisch-offiziöser Drahtbericht die Warschauer Meinung dahin feststellen zu können, daß man zwischen den Zeilen der Rede Kalinins doch das Verlangen Russlands herauslesen könne, mit Polen zu einem Handelsvertrage zu kommen. Im Sinne dieser Auffassung vertritt die polnische Presse auch eine Erklärung, die Krasskin kürzlich bei seiner Anwesenheit vor Pressevertretern in Charkow abgegeben hat und die nicht nur in diesem Zusammenshange, sondern ganz allgemein für die künftigen Beziehungen West- und Mitteleuropas zu den russischen Sowjetrepubliken von größerer Bedeutung ist. Krasskin sagte nämlich, daß Russland zwar die grundjährige Anerkennung der Schulden des ehemaligen Zarenreiches und die Rückgabe des nationalisierten Eigentums an die früheren Besitzer ablehne, sich aber der Anerkennung der alten Nationalsschulden in den Fällen nicht widerziehen würde, wo die Hoffnung vorhanden sei, auf diese Weise Riedite und Darlehen zu erhalten. Auch sei man bereit, mit den früheren Besitzern nationalisierten Eigentums Konzessionsverträge abzuschließen. Daraus habe die de jure-Anerkennung Russlands eine gewaltige Bedeutung. — In gleicher Sinne bemüht sich ein Teil der polnischen Presse, durch angebliche Stimmen aus polnischen Wirtschaftskreisen die Bedeutung des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Russland für Polen möglichst herabzusetzen. So heißt es, sicherlich mit starker Übertriebung, daß z. B. die oberösterreichische Industrie diesen Verhandlungen keinen hohen Wert beimasse. Die Verhandlungen über die Lieferung von ukrainischen Erzen hätten gezeigt, wie viele Schwierigkeiten der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland noch im Wege ständen. Die russischen Preisforderungen für Eisen- und Manganerz und Schrott wären äußerst hoch, während man auf Seiten der Sowjetdelegation die Preise für die zu liefernden oberösterreichischen Eisenerzeugnisse sehr niedrig angesehen hätte. Ein zweites Hauptthema bildeten die Verkehrsfragen. Ein polnisch-russischer Handelsvertrag werde zwar eine formelle Regelung der Wirtschaftsbeziehungen bringen, die praktische Ausnutzung könne aber erst nach eingehendem Studium erfolgen. Auch Direktor Tennebaum

vom Handelsdepartement des Warschauer Ministeriums für Handel und Gewerbe sagt in der „Rzeczpospolita“, ein Handelsvertrag mit Russland werde Polen keine realen Vorteile für die erste Zeit bringen, weil der russische Import für das laufende Wirtschaftsjahr befannlich außerordentlich eingeschränkt sei und das russische Volkssommissariat für Außenhandel sich zu einem besonderen Entgegenkommen gegenüber der polnischen Industrie wohl kaum bereit finden werde.

In der Tat sind die Hoffnungen polnischer Wirtschaftskreise, namentlich der Textilindustrie, auf die baldige Wiederaufnahme eines regen Geschäftsverkehrs mit Russland bis jetzt noch in sehr geringem Maße erfüllt worden. Bei den Einfäufen, die unlängst der Warschauer Vertreter des russischen Außenhandelsamts, Rydzanski, in Lodz gemacht hat, handelte es sich im wesentlichen nur um kleinere Probesendungen, z. B. von Tüchern. Dagegen soll er der dortigen Baumwollindustrie

zu günstigen Bedingungen eine große Partie von Baumwollabfällen angeboten haben. Auf der anderen Seite neben die privaten Bestrebungen der polnischen Industrie noch direkter Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen mit Russland weiter. So ist erst kürzlich für das Bieliger Revier eine polnisch-russische Gesellschaft „Boltruz“ gegründet worden, an deren Spitze der bekannte Industrielle Eduard Lipser steht. Ferner wird augenblicklich in Warschau über die Gründung eines Exportsyndikats beraten, das hauptsächlich den Handel mit dem sogenannten Osten zum Gegenstand haben soll. — Nach alledem kann nur wiederum festgestellt werden, daß Gegner einer baldigen wirtschaftlichen Verständigung mit Russland nur in dem nationalistischen Lager zu suchen sind. Das wirklich wirtschaftliche Polen weiß genau, daß ohne diese Verständigung ein eine Gefundung der polnischen Industrie und damit letzten Endes der Staatsfinanzen nicht zu denken ist.

Kritik von allen Parteien im Sejm.

Die Rede des Herrn Grabski bei Licht. — Der Wendepunkt der Wirtschaft. — Scharfe Ablehnung der Wyzwolenie. — Die mischglück Eisenbahnanleihe. — Das Geschäft mit Italien. — Sejmisierung. — Soldaten als Dienstmädchen.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Warschau, 2. April. Die Rede des Ministerpräsidenten ist an einem Wendepunkt der polnischen Wirtschaftsgeschichte gehalten worden. Man wird sich also noch des öfteren mit ihr beschäftigen haben, denn sie stellt vielleicht das wichtigste Dokument dar, das bisher einer der zahlreichen sich folgenden Finanzminister Polens gegeben hat. Grabski hat die Stabilisierung der Mark durchgeführt. Er hat die Bank Polens möglich gemacht, die die Währungsreform ausführen soll. Alles das ist Verdienst genug. Aber abgeschlossen ist das Sanierungsverfahren hiermit noch in keinem Wege und es wird nicht an Kritiken fehlen, die die Schwächen der Rede auffinden werden. Es wird den Angriffen der Sozialisten ausgesetzt sein, die bereits kundgegeben haben, daß sie in der Steuergezegung vor allem eine Belastung der sozial schwächeren Klassen sehen, was auch bis zu einem gewissen Grade richtig ist, besonders wenn man an die Folgen der indirekten Steuern denkt. Unrichtig scheint dagegen die Meldung des „Kurier Poranny“ zu sein, daß ihm auch Widerstände von Seiten der Räte entwachsen würden. Die Räte kritisieren darüber die Politik Grabskis, wie aus einer Erklärung des Nationaldemokraten Bdzichowski hervorgeht, der in der Budgetkommission sagte, daß die von Grabski gegebenen Zahlen keine genügende Grundlage zur Beurteilung der Situation bilden. Eine sehr scharfe Ablehnung hat der Minister von Seiten der Wyzwolenie erhalten, so daß man ruhig behaupten kann, daß sich ein Gewitter über seinem Haupt zusammenzieht. Wir wollen uns heute damit begnügen, einige allzu auffällige Unklarheiten der Rede, die doch später von einer oder anderen Seite zur Sprache gebracht werden dürften, zu kennzeichnen. zunächst muß festgestellt werden, daß nach den eigenen Worten des Ministers die Eisenbahnanleihe, die in einer Höhe von 100 Millionen vergeben war, und die als Betriebskapital der Bahnen, zur Anlage neuer Linien, Verbesserung der alten usw. gebraucht werden sollte, statt der 100 nur 5 Millionen vom Publikum genommen worden sind. Das ist eine glatte „Pleite“. Die Bahnen werden also nach wie vor, trotzdem finanziell ihre Verwaltung aus dem allgemeinen Budget ausgeschieden worden und als selbständiges Unternehmen laufmännisch behandelt werden soll. Zu schaffen der Staatskasse erfordernt, und diese „Investitionen“ betragen, nach Herrn Grabski, monatlich nicht weniger als 7 Millionen. Dazu kommt, daß im vergangenen Jahre das Defizit der Bahnen nicht weniger als 365 Millionen Goldfrank betrug, eine Summe, die abgetragen werden muß. Es ist also zu verstehen, warum die Regierung in den nächsten Tagen wieder zu einer mindestens 20prozentigen Erhöhung der Frachttarife schreitet, was bereits jetzt seine Schatten in einer leise wieder einsetzenden erneuten Teuerung vorauswirft.

Der Nationaldemokrat Bdzichowski hat außerdem gezeigt, und leider ist an seiner Darlegung nicht zu zweifeln, daß in den beiden ersten Monaten bereits ein Defizit von 72 Millionen Frank entstanden ist, daß die Ausgaben mit 1512 Millionen zu veranschlagen sind, die Herr Grabski mit Burgrundlegung des Schweizer Franken in der Berechnung auf 1895 Millionen angegeben hatte, wenn man in Goldfrank umrechnet. Alles das sind Dinge, die noch einer genaueren Prüfung bedürfen, als sie heute an Hand der Rede möglich ist.

Am auffallendsten erscheint aber die mehrfache Verwendung, die mit der italienischen Anleihe vorgesehen ist. Ihr Ertrag soll gleichzeitig dazu dienen, die zur Errichtung des Monopols nötigen Fabriken aufzukaufen, sie soll, soweit wir aus den Berichten über die Räte ersehen, gleichzeitig für die Investitionen bei der Bahn und noch zum Ausgleich von Defiziten der laufenden Budgets verwendet werden. Nun muß man daran denken, unter welchen schweren Bedingungen diese Anleihe abgeschlossen worden ist. Sie wird, wie man weiß, zu 81 ausgegeben, Polen erhält zunächst von den 40 Millionen Lire nur 40 Prozent, den Rest, wenn die Anleihe in Italien gezeichnet worden ist. Der Ertrag kann also zunächst (vor der Bezeichnung) einmal auf ungefähr 8 Millionen Dollar geschätzt werden, also nicht überwältigend und unerträglich. Es muß aber aus den Einnahmen des polnischen Tabakmonopols ein Reservefonds gegründet werden, der in den ersten fünf Jahren nicht weniger wie 4 Prozent der Anleihesumme, dann später 3 Prozent dieser Summe beträgt. Dieser Fonds wird in italienischen Staatspapieren angelegt und verbleibt als Garantie in Rom. Er dient als Kapitale. Von den Einnahmen des Monopols müssen dann noch in erster Linie die Summen für die Verzinsung und Amortisierung der Anleihe zurückgelegt werden. Die Verlösung der zu amortisierenden

Stücke geschieht in Rom. Dafür aber muß sich Polen noch verpflichten, 60 Prozent seines Tabakbedarfes von den Italienern gegen 16 Prozent über den Einlaufspreis zu übernehmen, womit die Italiener die in Sofia liegenden Bestände, auf denen sie festliegen, loswerden. Man kann also ruhig behaupten, daß diese italienische Anleihe, über die so viele schöne Worte gemacht worden sind, und die mit der Ordensauszeichnung einiger beim Abschluß beteiligten Herren ausgegangen ist, für Italien ein recht gutes und für Polen ein ebenso drückendes Geschäft gewesen ist. Es mag auch wundernehmen, daß sie in Lire, statt in Złoty abgeschlossen worden ist, was den großen Nachteil hat, daß bei einem weiteren Steigen des Lire, das wohl zu erwarten ist, die Anleihe recht teuer anzugelangt werden muß. Doch unter solchen, doch gewiß nicht geläufigen Verhältnissen schon allen Ernstes mit dem Bau des Hafens von Gdingen begonnen werden soll, ist eine netzwürdige Erscheinung. Es scheint, daß der Minister tatsächlich eine Anleihe für den Bau dieses Hafens gefunden hat. Wenigstens deutet er das in seiner Rede an. Unter welchen Bedingungen, sagt er allerdings nicht, und vorerst ist auch nichts über diese Anleihe bekannt geworden. Hoffentlich legt sie Polen nicht ebenso schwere oder gar noch schwerere Bedingungen auf, wie die italienische bereits tut.

Sejmisierung vom 2. April.

Von Interesse war in der heutigen Sitzung, daß ein Antrag auf Einführung einer Steuer auf Haushalte vom Ackerbauminister vorgebracht wurde. Der Ackerbauminister Janicki erläuterte, daß er vom Finanzminister die nötigen Gelder zur Steuereinführung gefordert und dieser die Bewilligung abgelehnt habe. Er müsse sich nun diese Gelder mit Hilfe der neuen Steuer verschaffen. Der Antrag wurde von den Kleinbauern bekämpft, die selbst Viehhalter sind, und von den Großagrarien der Dabrowa-Novogrudzka, die ihre Arbeiten durch Maschinen verrichten lassen, gutgeheissen. Smola von der Wyzwolenie mache dabei die Mitteilung, daß in Polen 8 Millionen Pferde, 7 Millionen Kühe, 2 Millionen Schafe und 5 Millionen Schweine zu verzeichnen sind. Bei einer Schätzung für die Rind auf 400, das Schwein auf 200, das Schaf auf 40 Franken würde man eine Summe von 6 Milliarden Franken erhalten. Die Steuer beträgt ein Sechstel der Vermögensabgabe, sie ist also höher wie die Bodensteuer, und sie wird am meisten auf dem Kleinbetrieb lasten. Der Ackerbauminister schätzt den Ertrag der Steuer auf lediglich 20 und einige Millionen, nicht, wie Smola ausgerechnet hatte, etwa 50 Millionen. Es wurde schließlich der Antrag gestellt, über das Gesetz zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit einer Mehrheit von 40 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzesentwurf geht also an die Kommission. Einem interessanteren Antrag stellte ferner der Wyzwolenie-Abgeordnete Wedziewski. Er wünschte die Abschaffung der militärischen Ordonaanzäle, von denen es heute in Polen etwa 30 000 gäbe. Diese 30 000 Mann sind bei verheirateten Offizieren nichts als eine Art von Dienstmädchen, bei den Ledigen haben sie einfach nichts zu tun. Ihre Abschaffung bedeutet eine große Geldersparnis, und außerdem hat Wedziewski den Grund dafür festgestellt, daß jeder Soldat ein freier Bürger des Staates sei, was man von den in Dienstmädchenstellungen eingerückten Ordonaanzälen nicht sagen könne. Am Kriege, so meinte der Antragsteller, könne man wohl die Ordonaanzäle zulassen, im Frieden dagegen nicht. Die Dringlichkeit des Antrages wurde schließlich angenommen.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Wie das „Neue Wiener Journal“ erfährt, wird Mitte dieses Monats eine polnische und eine deutsche Delegation in Wien eintreffen, um die Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Polen in Dresden begonnen haben, in Wien fortzuführen und womöglich zu beenden. Es sollen folgende Fragen beraten werden: 1. Die Stellung der deutschen Kolonisten in Polen. 2. Die Durchführung der Genfer Beschlüsse über Oberschlesien. 3. Wirtschaftliche Angelegenheiten. Der Führer der polnischen Delegation ist der jetzige Abgeordnete und frühere Minister Wronjakow. Die Beratungen werden längere Zeit in Anspruch nehmen.

1 Dollar	= 9300000 Mfp.
1 Valorisationsfrank	= 1800000 Mfp.
1 Goldfrank (Zloty) 3.4.	= 1800000 Mfp.
1 Danziger Gulden	= 1617000 Mfp.
1 Goldmark	= 2215000 Mfp.

Gazet en olli.

Bei uns in Posen spielen die Oligisten wieder einmal eine große Rolle. Der unaufgeklärte Vorfall in Allenstein, von dem noch niemand etwas Genaueres weiß, wird von den hiesigen Helden in einer Weise aufgebaut, daß eigentlich der stille Beobachter stutzig werden muß. Was bezweckt man mit der Hetze gegen die Deutschen, die wieder hier in Posen inszeniert wird. Am heutigen Tage, dem Freitag, wird im zoologischen Garten sogar eine große „Demonstration“ veranstaltet abgehalten werden, die gegen die „deutschen Gewalttaten“ protestieren soll. An der Spitze der Veranstalter steht ein Herr (!), Herr Graf Zamoyski, und Herr Dr. Montiewicz, welche beide Vorstandsmitglieder der O. K. sind. Wir werden wieder sehr viele Worte hören, die die Teilnehmer aufreizen sollen, wir werden sehr wenig von Nachmenschlichkeit, wie werden nur immer wieder hören: „Diese Deutschen, das sind die Barbaren, sie bedrücken und terrorisieren unsere Landsleute darin in Deutschland“ usw. Das alte belohnende Liedchen, das schon so oft uns vorgesungen worden ist und das heute nur noch politische Kinder interessiert. Mit diesen Protestversammlungen macht sich Posen nur Unannehmlichkeiten.

Die maßgebenden Stellen der polnischen Regierung denken über Allenstein ganz anderes. Wie W. T. B. meldet, hat der deutsch Gesandte Dr. Rauscher in Warschau, wegen der Demonstrationen, die vor dem deutschen Generalkonsulat in Posen stattgefunden haben, bei der polnischen Regierung Vorstellung gemacht. Der polnische Außenminister, Herr Graf Zamoyski, erklärte, daß er den Zwischenfall vor dem deutschen Generalkonsulat in Posen nur bedenken könne, und er versprach erhöhte Sorge diesem Konsulat.

Außerdem bemerkte er, daß er weder dem Vorfall in Allenstein, noch dem Vorfall in Posen, besondere Bedeutung beimisse.

Also Herr Graf Zamoyski mißt dem Vorfall in Allenstein keinerlei Bedeutung bei. Das ist sehr wichtig für uns zu wissen, denn der Außenminister Polens ist gewiß auch ein patriotisch gesinnter Mann, der den Rechten sehr nahe steht. Er freilich überblickt die ganze Angelegenheit mit anderem Blick, als unsere in Posen lebenden Helden, die nichts anderes zu tun haben, als gegen alles Gute zu laufen, was nur irgendwie mit dem Worte „deutsch“ zusammenhängt. Kurzgärtig ist man in Posen erzogen worden, und der „Kurier“ der Zeitung zu dieser Kurzgärtigkeit, freut sich seines „Erfolges“.

Wir wollen jedoch nur an eines erinnern, daß wir kurz vor der Posener Messe stehen. Diese Posener Messe will eine Unterstützung zur Hebung der Wirtschaft und der Industrie im ehemals preußischen Teilgebiet sein. Diese Messe ist darauf angewiesen, so ausführlich und so vorteilhaft wie nur irgend möglich zu arbeiten. Sie hat die Aufgabe, Beziehungen zu allen Ländern anzuknüpfen, und sie hat die Aufgabe, das Handelsmittel zum Wiederaufbau der darunterliegenden Wirtschaft zu sein.

Sehen denn diese wichtigste Tatsache unsere Oligisten nicht? Sehen sie denn ohne Augen durch diese Welt? Was wollen sie erreichen mit der Hetze gegen alles Deutsche vor der Messe? Was wollen sie erreichen mit der Hetze gegen die Juden?

Ist man denn der Meinung, daß die Posener Messe unter dieser „patriotischen“ Krone ein Erfolg ist, ein Erfolg werden kann, wenn man hier in Posen eine Atmosphäre schafft, die nur dazu angeht ist, herkommen fremden das Dasein zu verleidern? Haben diese Helden irgendwie nur einen funkelnden Geist für das, was der Ausdruck heißt? Nein, sie sind „Patrioten“ genug, nicht nach dem wirtschaftlichen Bedürfnis zu fragen. Sie geht die Posener Messe und den Aufstieg von Handel und Wirtschaft gar nichts an. Sie hoffen, weil ihnen das als das Wichtigste erscheint.

Inzwischen aber beachtet man diese Art der chauvinistischen Bestrebungen nicht nur in Deutschland, sondern auch noch anderswo. Und wenn heute Interessenten aus Wien kommen würden (die sprechen auch deutsch), und wenn Tschechen und Schweizer und Rumänen kommen, die auch die deutsche Sprache besser beherrschen, als die polnische Landessprache, werden diese Leute nicht zurücktreten vor einer Stadt, die in so sonderlichem Hoch gegen alles Deutsche wettert. Und werden diese wohl darauf achten, daß nur ein ganz kleiner beschaulicher Kreis in Posen zu diesen Helden gehört? Nein, sie werden ganz Posen zu diesen Helden zählen, und sie werden nicht ein Wagnis eingehen wollen, hier auf der Bildfläche zu erscheinen, um nicht unangenehme Stunden und ängstliche Tage zu verleben.

Solange wir das nicht einsehen werden hier in Posen, solange wird hier energisch die Luft von den Oligisten gereinigt werden, wird Posen eine Kleinstadt sein, und sie wird weiterhin in Habsburg und „Patriotismus“, aber sicherlich unfruchtbare werden zum Aufbau der Wirtschaft. Es gibt nur zwei Wege — einer, der in dieses Vakuum führt und einer, der uns zu neuem Leben erweckt. Zu einem von diesen beiden Wegen muß man sich entscheiden. Die diesjährige Messe wird der Maßstab dafür sein, wofür sich Posen entschieden hat.

Herr Domherr Prabahaski, der sich um seine seelsorglichen Aufgaben so intensiv einsetzen sollte, wie er sich für den Oligistenverein einsetzt, der wird bestimmt mit seinen „Protestversammlungen“ zu unserer inneren Gefundung absondert nichts beitragen.

Deutschanhete in Oberschlesien.

Die „Ratowitzer Zeitung“ meldet: „Wie man uns mitteilt, fand am vergangenen Sonntag in Schoppinitz eine große politische Versammlung statt, in der mehrere Redner auftreten und dabei Ausführungen machen, die nichts anderes als Ausschreitungen gegen die Bürger deutscher Sprache enthielten. Bemerkenswert ist dabei, daß einer der Redner sich bemüht hat, aus einer Liste etwa hundert Namen von Personen vorauszulesen, die dem Deutschen Volksbund angehören sollen. Der Zweck dieser sonderbaren öffentlichen Namenszählung ist durchsichtigt genug. Wenn der Versammlung aufgegeben wurde, jeden Gewaltakt zu vermeiden, „so lange kein schäfer Binde steht“, so muß doch die ganze Art der dadurch geschaffenen Situation zu schärfsten Verdunkeln herausfordern. Welche Veranlassung mag denn sonst in einer Versammlung zur Bekanntgabe von Namen polnischer Staatsbürger deutscher Sprache vorgelegen haben?“

Was soll das Vorlesen der hundert Namen bedeuten? Ist das eine Aufhebung zu Gewalttaten gegen polnische Bürger deutscher Sprache? Wie kann überhaupt eine derart durchsichtige Agitation getrieben werden? Was soll damit erreicht werden? Dient das dem Staatswohl? Wer steht dahinter? Ist das auch der Oligisten-Verein?

Dom Sejm.

In der Donnerstagssitzung des Sejm begründete Abg. Morawski von den Sozialisten seinen Antrag in der Zwischenstaatsaffäre, in dem er verlangt, daß der Minister Kucharski wegen angeblicher bewußter Schädigung des Staatsfiskus vor dem Staatsgerichtshof gestellt werde. Der Redner bat um die Einziehung einer Kommission zur Prüfung des Antrages. Abg. Chelmowski vom Nationalen Volksverband erklärte, daß die ganze Sache eine der Hauptthemen des politischen Kampfes der Linken sei. Der Antrag auf Wahl einer Kommission wurde einstimmig angenommen. In derselbe wurden folgende Abgeordnete gewählt: Chelmowski (Nat. Volksverband), Dabrowski (Nat. Volks-

verband), Koshowst (Nat. Volksverband), Dunn (Christl.-Nat.), Błaszczyński (Christl.-Dem.), Romoch (Christl.-Dem.), Brodzicki (Poln. Volkspartei), Ostrowski (Poln. Volkspartei), Posacki (Poln. Volkspartei), Michałek (Nat. Arbeiterpartei), Bartel (Wyzwolenie-Gruppe), Lipiacewicz (Wyzwolenie-Gruppe), Moraczewski (Sozialpartei), Rozmarny (Züg. Klub) und Steglik (Deutsche Vereinigung). Darauf wurde in dritter Lesung das Gesetz angenommen, das von der Verkürzung der Zeit der Gerichtsaufklärung in den westlichen Wojewodschaften handelt, ferner das Gesetz über die Gerichtskosten in Oberschlesien und die Novelle zum Gesetz über die Kaufmanns- und Gewerbegefechte. Die Angelegenheit der Guiderverordnung wurde an den Anschluß verwiesen, und in der Frage der Sparpolitik der Regierung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Sicherstellung der Knabenschauspiele verlangt wird. Nach Annahme einiger Dringlichkeitsanträge vertrat sich der Sejm auf Freitag, 4 Uhr nachmittags.

Republik Polen.

Vom Haushaltsausschuß.

Der Sejmarschuk für Haushaltssachen lehnte am Donnerstag seine Berichtigungen über das Budget des Finanzministeriums ab. Finanzminister Klarner erklärte, daß das Finanzministerium die vom Vorsitzenden Gołuchowski in der Ausprache über das Projekt des Finanzministeriums angekündigten Fristen nicht in Frage stelle, weil tatsächlich ein Unterschied besteht zwischen der Zeit der Aufführung des Budgets und der Gegenwart. Dieser Unterschied ist eben in der Kompression der Ausgaben, die der Abg. Gołuchowski mit 120 Millionen Franken bezeichnete, und die der Finanzminister als reale und sichtbare Erhöhung bei der Durchführung des Budgets ansieht, zum Ausgleich gekommen. Das Ministerium ist dem Abg. Gołuchowski dankbar dafür, daß er die Fristen aufgeworfen und die Abschläge der Aufführung geboten habe. Die Zusammenarbeit des Haushaltsausschusses mit der Regierung sollte sich nur auf völlige Klarheit in Fragen der Haushaltssachen auswirken.

In der heutigen Sitzung wird der Ausschuss die Aussprache fortsetzen und auch den Beschlussvorwurf über das Haushaltssprovisorium für das II. Quartal erörtern.

Verbalnote der deutschen Regierung.

Der „Agenzia Wschodnia“ mitteilte, daß das deutsche Außenministerium an die polnische Gesandtschaft in Berlin eine Verbalnote gerichtet ist, in der das Votum über den Anschlag auf den polnischen Komrat in Allenstein zum Ausdruck gebracht wird.

Das Eisenbahnabkommen mit Russland.

Am Donnerstag fand um 11 Uhr vormittags im Konferenzsaal des Eisenbahoministeriums die erste Sitzung der Mitglieder der polnischen Delegation und der Sowjetabordnung über die Eisenbahnkonvention statt. Die Sitzung beschränkte sich auf eine allgemeine Erwähnung des Konventionsprojektes, ohne darauf einzugehen was an eigentlichen Verhandlungen vorgehalten bleibt.

Europa Dringlichkeitsantrag.

Nach einer Meldung des „Kurier Bogni“ haben die Abgeordneten vom Nat. Volksverband Stanislaus Sacha, Małachit und Gen. am Dienstag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht bei dem der Regierung die durch die Überwermutter Geächtigten finanzielle Unterstützung und die Gewährung von Steuernachlässen für das Jahr 1924 verlangt.

Der Kampf um das Memelstatut.

Wie die „Agenzia Wschodnia“ meldet, ist nach einer Information des „Daily Telegraph“ die Memelfrage unerwartet in ein neues Stadium getreten. Frankreich und Italien haben amtlich mitgeteilt, daß sie das Memelstatut erst dann annehmen könnten, wenn die Republik Polens in ihm genügend gewährt hätte. Diese Mächte werden vorschlagen, die Angelegenheit zwecks endgültiger Erledigung dem Vorschafterrat zu übertragen. Der polnische Gesandte in London äußerte in einer Konferenz mit Mac Donald die Einwände Polens gegen das Memelstatut. Andererseits kreist in amtlichen Kreisen das Gericht, daß der englische Botschafter in Paris die Wellung erhalten habe, daß das Memelstatut in unveränderter Form zu untersuchen.

Unabhängigkeitseier der Weißrussen in Prag.

Wir berichteten schon in einem andern Zusammenhang von der ukrainischen Universität in Prag. Als Ergänzung der damaligen Ausführungen diene folgende Meldung: Unter großen Auseinandersetzungen wurde in Prag der letzte Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Weißrusslands begangen. Die Ukrainer Grusler und andere Ukrainer hatten ihre Delegierten entnommen, um die Weißrussen ihrer Sympathie und Hilfe zu verschaffen. Der Vorsitzende der großen weißrussischen Blada Kretschewskyj verstoßte die Versammlung. Die tschechische Regierung war offiziell nicht auf der Seite vertreten, da sie Polen nicht reisen wollte, ließ aber die Weißrussen informell ihrer Freundschaft vertrauen und stützte ihr unbedingte weißrussische Studien mit 100 Stipendien. Von ihren Delegierten und Studenten konnten die volle Anerkennung der Ziele und gemeinsame Begeisterungen, sich gegenüber zu unterstellen, festgestellt werden.

China und Russland.

Nach Meldungen der „D. N. B.“ hat die chinesische Gesandtschaft durch ihren Geschäftsträger in Berlin, Dr. Cho-Shi-ting, einige interne Erklärungen abgegeben, die die Stellungnahme Chinas erläutern. Drei Fragen sind es hauptsächlich, die es zwischen Russland und China zu klären gibt: 1. Die Frage der ostchinesischen Bahn; 2. die Nämung der äußeren Mongolei durch die Sowjetrussen; 3. Schadenersatzleistung für die chinesischen Interessen und für die Chinesen, die während der Revolution gelitten haben.

Der chinesische Vertreter, Wang, und der russische, Karachan nach Umstaltung der durch Wang unterzeichneten Bedingungen, China ein dreitägiges Ultimatum zu stellen und es zu bedrohen. China hat sich nicht einschüchtern lassen, und nun sind die Verhandlungen von neuem auf einer anderen Grundlage aufgenommen worden. Wir hoffen, sagt der Geschäftsträger, daß sie zu einem für China annehmbaren Resultat führen werden. Russland und China haben niemals Krieg geführt. Normale und gute Beziehungen zwischen beiden Reichen sind für die Entwicklung der Beziehungen im Osten eine Notwendigkeit. Den Polnisch-Sowjetischen Frieden als solchen, brauchen wir in China nicht zu fürchten, er hat bei uns keinen Boden. Wenn die neu eröffneten Verhandlungen zwischen China und Russland zum Abschluß kommen werden, läßt sich schwer voraussehen, durch neue Drohungen wird China gewiß nicht einschüchtern lassen.

Wie bekannt, erlaubte sich der russische Vertreter Karachan nach Umstaltung der durch Wang unterzeichneten Bedingungen, China ein dreitägiges Ultimatum zu stellen und es zu bedrohen. China hat sich nicht einschüchtern lassen, und nun sind die Verhandlungen von neuem auf einer anderen Grundlage aufgenommen worden. Wir hoffen, sagt der Geschäftsträger, daß sie zu einem für China annehmbaren Resultat führen werden. Russland und China haben niemals Krieg geführt. Normale und gute Beziehungen zwischen beiden Reichen sind für die Entwicklung der Beziehungen im Osten eine Notwendigkeit. Den Polnisch-Sowjetischen Frieden als solchen, brauchen wir in China nicht zu fürchten, er hat bei uns keinen Boden. Wenn die neu eröffneten Verhandlungen zwischen China und Russland zum Abschluß kommen werden, läßt sich schwer voraussehen, durch neue Drohungen wird China gewiß nicht einschüchtern lassen.

Die deutsche Note.

Auf die Kontrollnote der Botschafterkonferenz hat die deutsche Regierung recht schnell geantwortet. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Erledigung der sogenannten fünf Punkte. Diese sind: 1. Umwandlung der Munitionsfabriken, 2. Ablieferung von Kriegsmaterial, 3. Entmilitarisierung der Polizei, 4. statistische Angaben der in Deutschland vorhandenen Waffen, sowie 5. lokale Unterstützung der Kontrollkommission. Wir bringen in folgendem einen Auszug aus der deutschen Note, der diese fünf Punkte betrifft:

Immerwieder innerhalb des Rahmens der fünf Punkte noch Kontrollhandlungen erforderlich sind, ist eine Frage, die nach Ansicht der deutschen Regierung nicht der einzigen Entscheidung durch ein Organ der alliierten und assoziierten Mächte, sondern der Verständigung von Fall zu Fall überlassen werden sollte. Gegenüber einer Nation von Tradition und lebendigem Gefühl für nationale Würde kann auf die Dauer unmöglich alles auf die formale Befehl und Unterwerfung gestellt werden. Wollen die alliierten und assoziierten Mächte es zulassen, daß eines ihrer Organe die elementare Wahrheit missachtet, so würden sie dadurch nur Strömungen nähren, die der endlichen Befriedung Europas weit abträglicher sind, als es irgend ein Entgegnungsversuch der deutschen Abrüstung sein kann.

Die deutsche Regierung hat mit Genehmigung davon Kenntnis genommen, daß die alliierten und assoziierten Mächte diesen Gedankengängen im Ergebnis wenigstens insofern zu folgen bereit sind, als sie sich erwidern, die Aufgaben der Kontrolle auf die Vereinigung der fünf Punkte zu beschränken und das jetzige Organ dieser Kontrolle durch ein anderes zu ersetzen (soll der Volkerbund sein), sobald die Vereinigung der fünf Punkte bis zu einem gewissen Stadium vorgeordnet ist. Die deutsche Regierung ihrerseits möchte etwas weiter gehen; sie startet sich den Gegenentwurf, die Durchführung dieser beschränkten Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines anderen Organs zu legen — eines Organs, das der Verantwortung seiner Aufgabe auch durch Beschränkung seines Personalaufbaus Rechnung trägt und durch eine Zusammensetzung, die sich dem technischen Charakter der in den fünf Punkten formulierten Materien anpaßt, eine Gewalt dafür bietet, daß sich die Militärkontrolle in dieser letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen abspielt. Dies neue Kontrollorgan wäre auch zeitlich andersartig an die Vereinigung der fünf Punkte zu binden, wenn man nicht vorsieht, seine Gültigkeit terminmäßig zu bestimmen. — Tatsächlich ist ja auch teilweiseweise von der englischen Regierung vorerst, insbesondere die Erklärung des Unterstaatssekretärs für das Kriegswesen in der Unterhausbildung vom 7. Mai 1923, wiederholst positiv anerkannt worden, daß Deutschland, abweichen von den fünf Punkten, seine Abrüstungsnervenflüchtigungen senkt, insbesondere seine Wehrmacht unter das zulässige Soll von 100.000 Mann reduziert und die Masse von Waffen und Munition in vollkommen austandestellenender Weise durchgeführt hat.

Bemerkungen zur deutschen Note.

In der englischen und französischen Presse sind bereits Kommentare zu dieser Note erschienen. Die Londoner Presse hält auf einem neuen deutschen Ton in der deutschen Antwortnote über die zukünftige Militärkontrolle. Man hebt die geschickte Abfallung der Note hervor und sagt jedes Wort sei vorsichtig erwogen und müsse auch vor der Entscheidung durch die Botschafterkonferenz sehr wohl überlegt werden. In Londoner französischen Kreisen ist es als außallmäßige Tatsache vermerkt worden, daß Deutschland von nun an einen Mal seit dem Wassenaar-Abkommen als von einem unabdingbaren Staate wird. „Soll wenn es gäbe keinen Vertrag von Beriailes geben.“ Da man in diesen Kreisen bei den Wahlen in Deutschland einen Rückmarsch erwartet, sieht man die Note als außerordentlich ernst an.

Dieselbe Ansicht herrscht in Paris. Von dort meldet das „Echo de Paris“, daß das Organ des französischen Generalstabs, das man den Vorschlag Deutschlands, die Kontrolle durch den Volkerbund ausschren zu lassen ablehnen müsse. Der „Temps“ hält den Volkerbund für gänzlich ungeeignet zur Abteilung Deutschlands, weil er sich schon oft die Augen habe verbunden lassen.

Unterredung mit Stresemann.

Der deutsche Reichsaußenminister hatte mit einem Vertreter des „Echo de Paris“ eine Unterredung. Dieser Unterredung entnahmen wir folgendes Gespräch:

Der Korrespondent: Ich habe den Eindruck, Herr Minister, daß die Stimmlung zwischen beiden Ländern weniger günstig ist als vor zwei Monaten. Es scheint Ihnen diese ganz persönliche Ansicht als richtig?

Stresemann: Ganz bestimmt. Der Beginn der Unterredung durch die Sachverständigen war von Optimismus begleitet worden. Jetzt befindet sich die ganze auswartige Politik in einer Saagaffe. — Draußen — in Frankreich — spricht man viel von der nationalistischen Tendenz in Deutschland, aber dabei wird nicht genug betont, daß die Strömung nie mals so stark gewesen wäre, wenn man es verstanden hätte, einen Vergleich mit Deutschland zu erzielen. Besonders würde die Stimmlung zwischen beiden Ländern eine ganz andere gewesen sein, wenn nach der Aufhebung des passiven Widerstandes mehr Rücksicht auf das genommen worden wäre, was die Ehre Deutschlands erforderte, nämlich die Befreiung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen und die sofortige Einleitung von Unterhandlungen, um einen Vergleich in der Frage der Reparationen zu erzielen.

Der Korrespondent: Ist es erlaubt, Herr Minister, zu fragen, was Sie von dem Bericht der internationalen Sachverständigen erwarten?

Stresemann: Ich möchte zunächst feststellen, daß die Art und Weise, mit der die deutsche Regierung die Arbeit der Sachverständigen unterstützt, zeigt, daß Deutschland im Hinblick auf das Problem der Reparationen keine Obstruktionspolitik betreiben will, wie es uns so oft vorgeworfen wird. Wir hoffen, daß diese Arbeit als Resultat aufzuweisen wird: die Vorbereitung des Weges für Verhandlungen zwischen den Regierungen, die Lösung der Reparationsfragen durch Aufstellung von annehmbaren Bedingungen und die Abnahme einer friedlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist unser lebhafter Wunsch, daß die Vorschläge der Sachverständigen bald bekannt werden. Auch für Frankreich und England kann es nicht ermuntert sein, nach dem 15. April eine Situation vorzufinden, wie wir sie nach der Aufhebung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gehabt haben und die einer wirtschaftlichen Katastrophe gleichkommt.

Der Korrespondent: In verschiedenen Nieden, Herr Minister, haben Sie die Unmöglichkeit betont, die Rückverträge über den 15. April hinaus zu verlängern. Aber welche Wörter halten Sie für annehmbar?

Stresemann: Eigentlich hätte der Bericht der Sachverständigen die ersehnte Lösung bringen müssen. Der deutschen Großindustrie ist es absolut unmöglich, die Anstrengungen weiter fortzuführen, die sie seit einigen Monaten erträgt. Das Reich selbst aber ist bisher standhaft, gegenwärtig irgendwelche Sachleistungen zu finanzieren, denn es bedarf für mehrere Jahre eines wasserdiichten Moratoriums, um selbst wieder zu Kräften zu kommen nach all den Schwächungen, die es durch die Ereignisse der letzten Jahre erlitten hat. Ich glaube in der Tat, daß der Bericht der Sachverständigen eine klare Situation hätte schaffen können durch den Vorschlag, Deutschland die freie Verfügung über das Ruhrgebiet wiederzugeben und durch die bestimmte Festlegung der Höhe seiner Schadens.

Der Korrespondent: Ich lese, Herr Minister, in der deutschen Presse, daß von neuem von einem Garantievertrag zwis-

sagen Frankreich, England und Deutschland die Riede ist. Wollen Sie sich zu dieser Frage? Sie esemann: Meine Meinung hat sich nicht geändert. Sie entspricht den Erklärungen, die ich als Reichstagsabgeordneter in verschiedenen Reden ausgesprochen habe. Wir fordern die freie Verfügung über die besetzten Gebiete, aber wir sind durchaus geneigt, mit Frankreich dasjenige Sicherheitsabkommen abzuschließen, das bereits unter der Regierung Cuno erwogen wurde und das auch ich in mein Programm aufgenommen habe. Wir würden zu einem derartigen Abkommen bereit sein, obwohl bereits der Vertrag von Versailles nach meiner Auffassung Frankreich alle wünschenswerten Garantien gibt.

Deutsches Reich.

Aus München.

München, 3. April. (Privattelegramm.) Die befürchteten politischen Auswirkungen des Hitlerprozesses sind in keiner Weise eingetreten. Die Staatsregierung hat alle für kommenden Sonntag einberufenen Versammlungen, die sich mit dem Urteilspruch im Hitlerprozess beschäftigen sollten, verboten. Es waren 9 sozialistische, 7 kommunistische und 8 nationalistische Versammlungen in München und den Vororten einberufen. Ebenso ist die Auslegung von Listen in den Geschäften für eine Propaganda der Verurteilten verboten worden. — Herr v. Kahr ist seit dem 31. März keinen Dienst im Regierungsbüro mehr und ist bis zum 1. Mai beurlaubt. Auch Oberst von Seisser hat Urlaub bis 1. Mai erhalten.

Die Kosten des Hitlerprozesses.

München, 3. April. (Privattelegramm.) Die Süddeutsche R. C. meldet: Die Kosten des fünfjährigen Hitlerprozesses erreichen die Summe von 102 000 Goldmark. An Beugten- und Sachverständigengehüren sind 18 400 Mark ausgezahlt. Die Aufwendungen für den Sicherheitsdienst während der Verhandlungen fallen der allgemeinen Landeskasse zur Last.

Betriebsratswahlen in Berlin.

Berlin, 3. April. (Privattelegramm.) In der Berliner Holzindustrie fanden Montag und Dienstag Ergänzungswahlen für die Betriebsräte statt. Die Sozialisten verloren 22 Sitze an die Kommunisten, 4 an die christlichen Gewerkschaften. Zum ersten Male wurden 8 deutschvölkische Betriebsräte gewählt.

Die Militärkontrolle in Deutschland.

Berlin, 3. April. (Privattelegramm.) Die bis Abgang dieses Berichtes aus Paris vorliegenden Meldungen von der Aufnahme der deutschen Verteidigung, die Militärkontrolle durch den Völkerbund ausführen zu lassen, lassen keine sehr großen Erwartungen aufkommen. Edouard die Veröffentlichung der deutschen Note durch Havas ist mit einem redaktionellen Zusatz der Agentur versehen, der darauf hinweist, daß die Entscheidung auf die deutsche Note dem Botschafterrat zufiele. Bei der politischen Einschätzung des Botschafterrates beläuft dies die Ablehnung der deutschen Note durch Frankreich. Auch die Pariser Presse ist auf einen zurückweisenden Ton gestimmt. — Der "Temps" meldet, über die deutsche Note sei ein Meinungs austausch zwischen den Alliierten eingeleitet worden, bevor sich der Botschafterrat mit der deutschen Note zu befassen habe.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Berlin, 3. April. (Privattelegramm.) Die Eisenbahndirection hat Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen wegen Wiedereinführung des Achtstundentages abgelehnt. In der gestrigen radikalen Berliner Eisenbahnerversammlung in Berlin-Kummersburg sprach ein Delegierter der streikenden Mannheimer Eisenbahner. Nach seinen Erklärungen würde es zum baldigen Kampf der Eisenbahner in ganz Deutschland für den Achtstundentag kommen, dessen politisches Ziel die Sicherung der Erzeugnisschaffenden Revolution sei. Die Annahme der Resolution erfolgte einstimmig. Ein Aktionskomitee zur Vorbereitung der weiteren Schritte wurde gewählt.

Continental-Werke in Hannover geschlossen.

Gestern nachmittags hat die Direktion der Continental Rutsch- und Gummiverarbeitung die Schließung des gesamten Werkes vorgetragen. Darauf werden 12 000 Männer und Frauen direkt betroffen und über 30 000 Menschen in Mitteleinschiffung gesogen. Ursache der Vereinbarung ist die Arbeitsniederlegung in den sogenannten Mischhallen, von denen der gesamte Fabrikbetrieb abhängig ist. Der Streik dieser Abteilung findet seine Begründung in abgelehnten Lohnforderungen.

Poincarés Mehrheit.

Nach den ersten Blankeleien im Senat und der Kammer beginnen jetzt die größeren Kämpfe. Es wird gemeldet, daß Poincaré die Absicht habe, als erster Deutscher alle schwierigen Fragen zu behandeln. Man erwartet möglicherweise auch schon eine Verbreitung der deutschen Antwortnote vom 5. März in der Frage der deutschen Militärkontrolle. Die Meinungen verdichten sich dahin, daß man von einem starken Vertrauensvotum für die Regierung spricht. Man spricht von einer Regierungspartei von 400 Abgeordneten.

Es läßt sich aber eine Voraussetzung annehmen, daß der Kammer nicht verfeindet. Man nimmt es dem Ministerpräsidenten über, daß er drei alte Ministerkollegen kurzerhand ausgebietet hat.

Das "großmütige" Frankreich.

Ein linksstehendes Blatt verbürgt Poincarés schwungvolle Darstellung von jenem "großmütigen" Frankreich, das nach Ausführung der Verträge und Sicherung seiner Unabhängigkeit ein neuer in Hochverzug und Güte sein wird, und bringt den betreffenden Satz höchstig und ohne jedes Zögern in folgender Form: "Sobald Frankreichs Wunsche erfüllt sind, wird es großmütig sein."

Keine Geheimverträge.

Eine Debatte über den Vertrag von Lausanne im englischen Unterhaus.

Gelegentlich der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage, den Friedensvertrag mit der Türkei betreffend, ersuchte der Unterstaatssekretär Poincaré das Haus, das Gesetz anzunehmen, um so rasch wie möglich eine Ratifizierung des Vertrages durchzuführen zu können. Der Unterstaatssekretär betonte, daß es der dringende Wunsch der Regierung wäre, bald wieder in normale wirtschaftliche und soziale Beziehungen zu der Türkei zu kommen. Es sei die Absicht der Regierung, jeden Vertrag für 21 Tage auf den Tisch zu legen, nach deren Verlauf die Verdienstliche Bewertung erfolge. Dadurch würden Geheimverträge und geheime Pläne unmöglich gemacht.

Das konservative Parlamentsmitglied sagte zu diesen Punkten: „Als Lord Curzon 1922 nach Lausanne ging, habe es sich nicht darum gehandelt, Bedingungen zu differenzieren, die England als Sieger dem Sieger aufzuerlegen wünschte, so wie sie in Versailles, St. Germain und Neuilly differenziert worden seien, sondern darum, einen Punkt für Punkt zu verhandeln und nicht nur die Alliierten Englands zu überzeugen, sondern auch die Türken, die soeben einen großen Sieg über die Griechen davongetragen hatten und vollkommen bereit waren, den Kampf fortzuführen in dem vollen Bewußtsein, daß weder England noch die übrigen Alliierten irgendeine Absicht hätten, ihre Bedingungen mit der Spize des Bajonets zu erzwingen.“

Bezugnehmend auf die Frage der Freiheit der Meere, daß engen erklärte Hoare, es sei von nicht geringem Vorteile, das Schwarze Meer nicht mehr ein verschlossenes Gehege für Russland und die Donaustaaten sei, und daß die Zufahrt durch die Meerenge nicht nur den Handels Schiffen, sondern auch den Kriegsschiffen der westeuropäischen Mächte offen stehe.“

Frankreichs Staatschuld und Haushaltsplan.

Frankreich stand schon vor dem Kriege mit seiner öffentlichen Schulden mit der Spize aller Länder der Welt. Seine Staatschuld war 1914 doppelt so groß wie die englische, das Sechsfache der russischen, das Fünfzehnfache der deutschen und das Fünfzigfache der Schulden der Vereinigten Staaten. Sie ist heute das Dreizehn- bis Vierzehnfache von 1914, und setzt sich folgendermaßen zusammen:

Öffentliche Schulden vor dem Kriege	29,8 Milliarden Frank,
Kriegsschulden Ende 1918	140,8 Milliarden Frank,
Fehlbeläge der Jahre 1919—1923	213,0 Milliarden Frank,

Öffentliche Schulden Ende 1923 368,6 Milliarden Frank.

Davon sind für den Wiederaufbau ausgegeben rund 100 Milliarden Frank.

Nichtsdestoweniger ist bei dieser Aufstellung der Aufschwung, den der Staat über die aus den Anteilen erhaltenen Summen hinaus (Ausgabe unter Parität) bei Fälligkeit der Schulden zu rechnen muß: etwa 36 Milliarden. Ferner enthält die öffentliche Schulden Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten und England von 28 Milliarden Goldfrank, die gegenwärtig eine weit höhere Schulden in Papierfrank darstellen und für die bisher noch keine Raten gezahlt wurden. Die tatsächliche Schulden überstieg daher Ende 1923 schon 400 Milliarden Papierfrank.

Den Schulden stehen Forderungen an das Ausland gegenüber in Höhe von 40 Milliarden Frank, nämlich Vorläufigsforderungen an Russland, Türkei u. a. ca. 30 Milliarden, Kriegsdarlehen an Russland, Belgien u. a. 10 Milliarden. Der größte Teil dieser Forderungen muß aber nach der Lage der Dinge vorläufig, wenn nicht überhaupt für immer, als uneinbringlich angesehen werden.

Weiter gewährt der Londoner Zahlungsplan Frankreich Fortsetzungen an Deutschland aus dem Vertrage von Versailles über 68 Milliarden Goldmark, die innerhalb von 30 Jahren zu zahlen wären. Frankreich müßte demnach das lebhafte Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, von welcher dessen Leistungsfähigkeit allein abhängt, an den Tag legen. Es müßte Deutschland Gelegenheit geben, Mögliches zu leisten und sich hüten, die Arbeit der deutschen Wirtschaft zu behindern. Frankreich tut das Gegenreiche.

Aber mit den deutschen Reparationen allein ist das französische Schuldenproblem nicht zu lösen. Frankreich bleibt nichts übrig, als seine Finanzwirtschaft einer gründlichen Revision zu unterziehen. Das Finanzgesetz von 1923 war dazu bestimmt, den Haushalt für zwei Finanzjahre, für 1923 und 1924 zu regeln. Die Entwertung des Frank hat nun in einzelnen Teilen für 1924 eine Änderung des Gesetzes notwendig gemacht. Grundlegend bleibt jedoch weiterhin der Staat von 1923. Dennoch waren vorgesehen: Einnahmen 23 437 954 882 Frank, Ausgaben 23 402 487 556 Frank. Von den 12 Milliarden Ausgaben für Anleiheginanzen macht der Zinsendienst für die Wiederaufbauanleihen bis zum 1. Januar 1922 3 638 000 000 Frank aus. Dieser Betrag ist 1923 zum ersten Mal aus dem Spezialetat, dessen Ausgaben zu Kosten Deutschlands bestimmt sind, ausgeschrieben und in den Hauptetat eingestellt worden. Für 1924 werden weitere Verträge ausgeschlossen: Anleiheginanzen für den Wiederaufbau 1922—1924 4 130 Mill. Frank, Pensionen 1 750 Mill. Frank, für Arbeiter und Bewohnde 188 Mill. Frank, zusammen 6 068 Mill. Frank.

Zählt man diesen Betrag den Ausgaben des Staates von 1922 hinzu in Höhe von 23 402 Mill. Frank, so ergeben sich für 1924 Ausgaben in Höhe von 29 465 Mill. Frank. Demgegenüber rechnet man mit Einnahmen in derselben Höhe. Das Mehr für 1924 ist in der Haushalt durch um 20 Prozent erhöhte Steuern aufgebracht.

Diese Einnahmen decken aber den Finanzbedarf des Staates nur zu einem Teil. Es sind außerdem an Anleihen geplant: entsprechend den im Staat A eingesetzten Anleiheginanzen für 1924 3 750 Mill. Frank, für Pensionen 1 890 Mill. und für die Ausgaben des Spezialbudgets zu Kosten Deutschlands 7 000 Mill. Frank, insgesamt also Anleihen für 1924 17 730 Mill. Frank.

Es ist aber so gut wie sicher, daß diese Anleiheginanzen den Finanzbedarf des Jahres 1924 nicht deckt. Denn der Staat wird nicht umhin können, die Beamten Gehälter, die seit 1922 nicht mehr erhöht worden sind, der gegenwärtigen Teuerung anzupassen. Mittel dazu sind aber bisher nicht vorgesehen.

Der hohe Anteil der Bürsten für die Wiederaufbauanleihen an den Ausgaben des Staatshaushaltes ist kürzlich in der Kammer aufs schärfste kritisiert und der Regierung der Vorwurf gemacht worden, nichts gegen die Verschwendungen von Wiederaufbaubeträgen an die Geschädigten und gegen die Schwundeloten der Wiederaufbau- gesellschaften getan zu haben. Man versucht eben nach dem bekannten Grundsatz: Deutschland wird ja die Kosten des Wiederaufbaus tragen. Warum also an Entschädigung sparen?

Nach den Anleiheginanzen verschließen die unproduktiven Ausgaben, die Frankreich für die eigenen militärischen Missionen und für die Armeen der kleinen Entente macht, den größten Teil der Staatsausgaben. Die Kosten für die Unterhaltung des Heeres und der Marine machen 1923 beinahe ein Fünftel oder 19,63 Prozent der gesamten Ausgaben aus, zusammen rund 4,6 Milliarden Frank. (Staaten mit gleicher Einwohnerzahl wie Frankreich für militärische Zwecke nur halb so viel aus.) Darunter befinden sich Ausgaben für die Kolonialtruppen und für Marokko 602 495 158 Frank, für das Detachement in der Levante 220 000 000 Frank, für das Detachement im Saargebiet 28 500 000 Frank. Damit sind aber die Ausgaben für militärische Zwecke erschöpft. Es kommt dann die Kosten der Rheinlandbesetzung, die freilich leichter Endes von Deutschland getragen werden sollen. Im Jahre 1923 beliefen sie sich mit den Krediten für die Ruhrbesetzung auf 1 030 920 710 Frank.

Schließlich sind auch die den Staaten der kleinen Entente gewährten Rüstungskredite hinzuzurechnen. Für 1923/24 sind das nicht weniger als 1½ Milliarden Frank. Die seit 1919 an diese Länder gegebenen Kredite einschließlich des abgetretenen Heeresbudgets belaufen sich auf insgesamt 5 587 630 000 Frank.

Im ganzen macht das französische Budget alles anbereits als den Eindruck einer gewissenhaften und sparsamen Finanzierung. Die Ausgaben, die für Heereszwecke und auf Kontinent der deutschen Reparationsverpflichtungen gemacht werden, überschreiten bei weitem die Grenze des Notwendigen und Vernünftigen. Sie gliedern der Staatschuld immer neue Summen an, ohne eine unbedingte Garantie für die künftige Haftstellung des Schuld zu bieten. Das Land und hat allmählich die Gefahren der französischen Finanzwirtschaft erkannt und seiner Auffassung darüber mit der geringen Bewertung des Frank Ausdruck gegeben. Letzten Endes geht aber die Einschätzung der Finanzlage Frankreichs auf die Folgen seiner Politik gegenüber Deutschland zurück.

Aus anderen Ländern.

Ein demokratischer Kongress in Paris.

Genf, 3. April. (Privattelegramm.) Das "Petit Journal" meldet: Der Kongress der republikanisch-demokratischen Partei, der in der Kammer drei Fraktionen umfaßt, hielt Dienstag seine Schlusssitzung ab an der tausend Delegierte teilnahmen. Poincaré batte sein Richtertheil mit Arbeitsüberlastung entschuldigt. Poincaré, der neue Handelsminister, hielt eine kurze Ansprache in der er sagte, er beschäftige nicht die Außenpolitik Poincarés zu beeinflussen oder zu ändern. Das System der Pfänder an der Ruhr und am Rhein sei zweifellos richtig. Seine Ausgabe wurde ausschließlich sein, eine energische Union einzuleben, um der Teuerung entgegenzuwirken. Eine neue Inflation müsse dadurch umgangen werden, daß das gegenwärtige Preisniveau, das über der Weltmarktpreis steht, reduziert werde.

Die Sicherheit Frankreichs.

Rotterdam, 3. April. (Privattelegramm.) Der "Observer" meldet: Mac Donald hat in Genf wieder eine außerparlamentarische Rede gehalten. Er sprach dem Blatte zu folge, daß er eine Lösung der Reparationsfrage mit Frankreich bis Ende Mai zu finden hoffe. Die englischen Interessen müssen aus die gleiche Stufe gehoben werden wie die französischen und die wirtschaftlichen Nöte Englands müßten von den übrigen Alliierten beachtet werden. Die Sicherheit Frankreichs müsse England verbürgen. Die Zahl der Arbeitslosen sei leider weiter um rund 60 000 im Vereinigten Königreich gesiegen.

Die Anwesenheit Rykows.

Genf, 3. April. (Privattelegramm.) Der Berliner "Echo"-Vertreter meldet seinem Blatte, daß der russische Staatspräsident Rykov und Radet am Dienstag die deutsche Hauptstadt nach achtjähriger Abwesenheit verlassen haben. Die Wirkungen ihres Besuchs würde Deutschland recht bald an einem neuen Kommissar aufzustand verprüfen.

Die Abrüstung in der Türkei.

Genf, 3. April. (Privattelegramm.) Havas meldet aus Ankara: Die türkische Nationalversammlung nahm einen Kredit von 250 Millionen Pfund an zur Schaffung einer ländlichen Streitkräfte. Die Regierung kündigte neue Verfolgungsmaßnahmen gegen die Armenier an, die dem nationalen Aufbau Widerstand entgegensetzen.

Die englische Maifeier abgelehnt.

Rotterdam, 3. April. (Privattelegramm.) "Morningpost" meldet: Die englische Trade Union hat die Feier des 1. Mai mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft für dieses Jahr abgesagt.

Das Unglück in Almali.

Ulrich 3. April. Die Stefanieagentur meldet am Mittwoch: Nachdem ich stand an der Küste von Almali neue Erdbeben erfolgt. Bis jetzt sind 115 Opfer der letzten Hochwasser Katastrophe festgestellt. Der Sachschaden in von den Regierungseinheiten auf acht Millionen Lire festgesetzt worden. 110 000 Menschen sind zur Zeit evakuiert.

In kurzen Worten.

General von Lossow soll nach Gerichten nicht wieder nach Bayern zurückkehren beabsichtigen, sondern sich der türkischen Armee dienstfrei haben. General von Lossow hat während des Feldzuges in der Türkei längere Zeit ein höheres Kommando geführt.

Streit bei den Knorr-Bremse-Werken. Mittwoch morgen sind bei der Firma Knorr-Bremse in Lichtenberg etwa 2000 Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Rest von 1600 Arbeiten ist noch tätig, doch wird auch bei ihnen mit der Arbeitsniederlegung gerechnet.

Kantsfeier. Die Deutsche Philosophische Gesellschaft veranstaltet am 19. April in Weimar eine Kantsfeier. Die Hanoveria hält einen Kantvortrag über "Immanuel Kant und die philosophischen Aufgaben der Gegenwart" und Prof. Dr. Julius Bödinger über "Kants Bedeutung für das deutsche Geistesleben".

Das rumänische Königs paar beabsichtigt am 6. April eine Reise in Begleitung des Außenministers zu unternehmen, die es über Paris, Madrid und Brüssel nach London führt.

Nach der Chor in der Oper streikt. Das Chor und Ballerina personal der Berliner Staatsoper ist gestern in den Streik geraten und hat seine Wirkung bei den Vorstellungen des "Troubadour" und der "Verlaufenen Braut" verweigert. Das Chorpersonal verlangt Anerkennung der Organisation, Gehaltsergänzung und Schaffung einer Amts- und Haushaltserlöse. Die Leitung der Staatsoper hat zunächst bis zum 8. April einen Spielplan angezeigt, der sich zur Zeit ohne Chor durchführen läßt.

Die Schäden der Almali-Katastrophe. Der Sachschaden, der durch die Erdbeben in Almali hervorgerufen wurde, beläuft sich allein bei Gebäuden auf 15 Millionen Lire.

Die Auflösung der französischen Parlamente dürfte erst Mitte der nächsten Woche erfolgen.

Letzte Meldungen.

Mac Donald und die Uhrbeziehung.

Im englischen Unterhaus wurde gestern die Frage der Rechtsmäßigkeit der Uhrbeziehung aufgeworfen. Mac Donald erklärte dazu, daß es die vornehmste Aufgabe der Reparationskommission sei, die Rechtsmäßigkeit der Ueberlegung zu prüfen. Die englische Regierung erwartet eine Lösung durch den Vertrag des Sachverständigentum und hofft, daß eine Aktion Großbritanniens überflüssig würde. Die französische wie die belgische Regierung seien unterrichtet, daß England sich in dieser Frage seine eigenen Rechte vorbehalte.

Neue Streikbewegungen in England.

Gesetz

vom 11. Dezember 1923 über Ruhestandsversorgung der Staatsbeamten und Berufsmilitärpersonen.

Dz. U. poz. 46/1924. Nr. 6.

Titel 1.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes beziehen sich auf Staatsbeamte, die gemäß den gültigen Vorschriften fest angestellt sind, und auf Berufsmilitärpersonen. Diese Personen und ihre hinterlassenen Witwen und Waisen erhalten die Ruhestandsversorgung nach den im vorliegenden Gesetz festgesetzten Grundsätzen.

Art. 2.

Staatsbeamte im Sinne dieses Gesetzes sind die staatlichen Beamten und Unterbeamten, die Angestellten (Arbeiter?) der Staatsbahnlinien, der Post, der Telegraphen und Telephone, die Beamten der Staatspolizei, die Lehrer aller staatlichen und öffentlichen Schulen, die auf dem Staat des Staates stehen, desgleichen Richter, Staatsanwälte und Gerichtsapplikanten mit Auschluss der nichtberufsmäßigen Friedensrichter in dem früher russischen und preußischen Teilgebiet, die ihre Tätigkeit im Nebenamt ausüben.

Ein Emirat im Sinne dieses Gesetzes entsprachend den Berufsmilitärpersonen ist eine in den Ruhestand versetzte Berufsmilitärperson.

Art. 3.

Aus dem Staatsdienst kann man nur eine einzige Versorgung ziehen.

In Fällen, wo einem Staatsbeamten oder einer Berufsmilitärperson bzw. der hinterbliebenen Familie aus irgendeinem Rechtsgrund ein Recht auf eine aus dem Staatsdienst zu zahlende Versorgung zustehen würde, hat der Berechtigte das Recht der Wahl.

Art. 4.

(beiz. falsche Angaben).

Art. 5.

(beiz. Beschlagnahme und Alimente).

Art. 6.

Die Ruhestandsversorgung (Ruhestandsgehalt, Witwen- und Waisenpension) wird in Punkten bemessen im Sinne der Grundsätze des Art. 3, 4 und 5 des Gesetzes über die Befördlung der Staatsbeamten und des Heeres vom 9. Oktober 1923 (Dz. U. N. P. Nr. 116, Pos. 924), bzw. für Richter und Staatsanwälte im Sinne der Grundsätze des Art. 4, § 2 und des Art. 4, § 1, 2 und 3 des Gesetzes über die Befördlung der Richter und der Staatsanwälte vom 5. Dezember 1923 (Dz. U. N. P. Nr. 184, Pos. 107), je nach der Gruppe und der Stufe, zu denen der Staatsbeamte bzw. der Berufsmilitär gerechnet wurde. Die Änderungen der Zahl der Punkte in den einzelnen Befördungsgruppen und des Wertes des Multiplikanten, die auf Staatsbeamte und Berufsmilitär angewendet werden, die im aktiven Dienst bleiben, werden automatisch auf die Ruhestandsversorgung angemeldet werden. Dagegen finden alle Änderungen, welche die Einreihung von Staatsbeamten und Berufsmilitärs in Befördungsgruppen betreffen, keine Anwendung auf die schon in den Ruhestand versetzten Staatsbeamten und Berufsmilitärs.

Art. 7.

Als Leistungen, die im Sinne des vorliegenden Gesetzes den Staatsdienst belasten, wird festgestellt die Gehöhe in der Höhe von 3 Prozent der von den Staatsbeamten und Berufsmilitärs im aktiven Dienst und im Ruhestand bezogenen Befördlung. Diese Gehöhe werden erhoben durch den jeden Monat erfolgenden Abzug von der Befördlung.

Art. 8.

Der Staatspräsident kann auf Grund eines auf den Antrag der zuständigen Oberbehörde gefassten Beschlusses des Ministerrates und mit Zustimmung des Finanzministers in Fällen, welche befürdere Berücksichtigung verdienen und von dem vorliegenden Gesetz nicht umfasst werden, bei Bemessung der Ruhestandsversorgungen, die gesetzlich nicht anrechenbaren Dienstnächte berücksichtigen, er kann eine Ruhestandsversorgung bewilligen, ebenso auch die Bemessung der gesetzlich aufzufindenden Ruhestandsversorgung erhöhen für Staatsbeamte und Berufsmilitärs, ebenso für ihre Hinterbliebenen.

Art. 9.

Ruhestandsversorgung der Staatsbeamten und Berufsmilitärs.

Kapitel 1.

Gemeinschaftliche Bestimmungen.

Art. 10.

Das Recht zur Ruhestandsversorgung erwirkt ein Staatsbeamter nach einem mindestens 10jährigen ununterbrochenen (Art. 10) Zivilstaatsdienst und der Berufsmilitär nach einem mindestens 10jährigen ununterbrochenen (Art. 10) Militärdienst, sofern er aus den im vorliegenden Gesetz angegebenen Gründen in den Ruhestand übertritt.

Ausnahmeweise erwirkt ein Staatsbeamter bzw. Berufsmilitär das Recht auf Ruhestandsbefördlung:

1. Nach ununterbrochenem mindestens 5jährigen Zivilstaatsdienst (für Staatsbeamten). 2. am Militärdienst (für einen Berufsmilitär).

Mente.

Roman von E. Vely.

(28. Fortsetzung.) (Nachtrag unterlegt.)

Sie ließ die Arme hängen, einen Seufzer bezwang sie, dem Ausdruck der Enttäuschung, der in ihr impulsives Gesicht trat, konnte sie nicht mehr.

Da wurde plötzlich die Tür von der anderen Seite aufgerissen und Karoline stürzte schnell in das Atelier.

"Herr Kierwert, das hat 'n ganz großerartiger Diener mit blanken Knöpfen, auf denen 'ne Krone war, gebracht." Sie hatte eine weiße Mütze auf dem Kopf, deren Enden flingen; sie war ganz Neugier und Respekt, denn gleiches hatte sie noch bei seinem Mutter erlebt. "Von der Frau Gräfin, sagt er, und es wäre sehr eilig. Na, da bin ich denn natürlich so gerannt, wie es meine alten Knochen zulassen — und —"

"Donnerwetter!" stieß er hervor, "das wird natürlich eine Absage sein — zum Narren wird man gehalten, weiter gar nichts!"

"I, wie werde ich mir so was erlauben," rief Karoline, "ich weiß doch, wen ich vor mir habe, und wenn ich von einem möblierten Herrn gut rede, denn sind Sie es doch gewiß, Herr Kierwert. Darauf schwören will ich, auf der Stelle. Ne, vor schlechte Worte bin ich nich, und seh'n Sie man selbst!" Mit der einen Hand reichte sie dem Maler den Brief, dann sah sie sich rasch in dem Raum um, erblickte das junge Mädchen drüber an der Tür und streckte ihm, wie einer Geistererscheinung abwehrend, den anderen Arm entgegen.

"Ne, das is ja nun wohl nich möglich — Mente, wie kommen Sie denn hierher?"

Bon dort wurde ihr vorläufig keine Antwort; Mente sah nach Hans hinüber, welcher den Briefumschlag aufriß.

Natürlich, die gnädige Gräfin sagt in letzter Minute ab!

militär), aus Anlaß dauernder Dienstunfähigkeit, die veranlaßt ist durch Verstimmung oder Krankheit, die ohne eigene Schuld nach Eintreten in den Dienst erworben,

2. ohne Rücksicht auf die Dienstzeit infolge dauernder Dienstunfähigkeit wegen:

a) eines Unglücksfalls, der entstanden ist durch Erfüllung der Dienstpflichten oder während der Zeit derselben;

b) wegen der kriegerischen Ereignisse an dem Ort des dienstlichen Aufenthalts;

c) wegen ansteckender Krankheiten, die epidemisch am Orte des dienstlichen Aufenthalts bzw. im Heere herrschten.

Bei Berechnung des 10jährigen bzw. 5jährigen Staatsdienstes finden die Bestimmungen des Art. 10 keine Anwendung.

Art. 11.

Zu der fiktiv das Ruhestandsgehalt anzurechnenden Dienstzeit wird gerechnet die Zeit des ununterbrochenen Dienstes mit Ausnahme der im vorliegenden Gesetz vorgesehenen Fälle.

Im Falle der Realisierung eines in den Ruhestand versetzten Staatsbeamten bzw. im Falle der Versetzung eines Berufsmilitärs aus dem Ruhestand in den aktiven Stand wird bei einer übermaligen Versetzung in den Ruhestand zur pensionsberechtigten Dienstzeit gerechnet die Zeit des vorherigen Dienstes, die bei der Bemessung des Ruhestandsgehaltes berücksichtigt werden ist.

Art. 12.

Einem Staatsbeamten oder Berufsmilitär, der nach ununterbrochenem mindestens 10jährigen Staatsdienste dauernd dienstuntauglich geworden ist, und außerdem ohne eigene Schuld dauernd mindestens 75 Prozent der Erwerbsfähigkeit verloren hat, werden bei Bemessung der Ruhestandsversorgung in den Grenzen des Art. 19 des vorliegenden Gesetzes 10 Jahre hinzugezählt zu der Dienstzeit, die der normalen Anrechnung auf die zum Ruhegehalt berechtigenden Dienstzeit unterliegt.

Art. 13.

Einem Staatsbeamten und Berufsmilitär, der infolge der in Punkt 2 des Art. 9 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Unfälle ebenfalls arbeitsunfähig geworden ist, wird die Ruhestandsbefördlung bemessen nach den Richtlinien des Art. 19 des vorliegenden Gesetzes, indem außerdem zu der zum Ruhegehalt berechtigenden Dienstzeit in den Grenzen dieses Artikels, abhängig von dem Grade des Verlustes der Erwerbsunfähigkeit hinzugerechnet werden, nämlich:

bei Verlust der Erwerbsfähigkeit von 35—54 % 2 Jahre,

bei Verlust der Erwerbsfähigkeit von 55—74 % 4 Jahre,

bei Verlust der Erwerbsfähigkeit von 75—84 % 6 Jahre,

bei Verlust der Erwerbsfähigkeit von 85—94 % 8 Jahre,

bei Verlust der Erwerbsfähigkeit von 95—100 % 10 Jahre.

In Ausnahmefällen, die eine besondere Berücksichtigung verdienen, kann die zuständige Oberbehörde im Einvernehmen mit dem Finanzminister eine Ruhestandsbefördlung bewilligen in einer Höhe, die höher ist als die im Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene, bis zur vollen Höhe der Befördlung im aktiven Dienst (Art. 17), welche die Grundlage zur Berechnung der Ruhestandsbefördlung ist.

Die Brakanten und auf Widerruf angestellten Staatsbeamten im Sinne der Gesetze über den staatlichen Zivildienst werden in den im vorliegenden Artikel erwähnten Fällen ebenso behandelt wie die festangestellten Staatsbeamten.

(Fortsetzung folgt)

Erlösung.

Man spricht von Erlösungsreligionen und zählt zu ihnen nicht nur das Christentum. Auch der Buddhismus und die Religion Platos gehören religiösgeschichtlich in diesen Kreis. Aber Welch' dieser Unterschied begegnet uns hier im Begriff der Erlösung! Gewiß, auch Buddha will erlösen, aber er will vom Dasein, vom Leben, das in seiner Gesamtheit nur als Leid empfunden wird, erlösen. Das Ideal ist der weltflüchtige asketische Mönch, — das Ziel das Nirvana, das Ver sinken des Einzel lebens im All! Auch Plato will erlösen. Aber er will von der sinnlichen Welt erlösen und die Seele hinaufzuhören in die Welt der reinen Ideen. Sein Ideal ist der Weise, der die gleiche Alltagswelt unter sich läuft und mit Verachtung auf sie schaut, weil er vom Schwergewicht des Irdischen befreit in den höheren Regionen der Ideenwelt lebt. Wie ganz anders ist der Erlösungsgedanke im Evangelium. Wir Christen wissen, daß das Leben seinen Wert hat als Gottesgabe. Von ihm begehren und brauchen wir keine Erlösung. Wir wissen, daß der Alltag und die Welt der kleinen Dinge um uns ihren Wert hat, daß wir an ihr unsere Aufgaben haben. Ihr entrinnen wollen, wäre Untreue. Aber wir wissen was das Leben verdient und dem Alltag seine Last und seine Not gibt, das ist die Sünde und die Schuld. Von ihr suchen wir und brauchen wir Erlösung. Und in Christo wünscht sie der Seele, die an ihn glaubt. Sein Lebensopfer am Kreuz ist uns die Bürde einer unendlichen Liebe, die auch Sünde vergibt und Schuld erlässt. In seinem Leben und der Gemeinschaft mit ihm, dem Heiligen und Heiligen wächst der Seele die Kraft zu, aus den Banden des Bösen frei, von der Macht der Sünde los zu werden. Das ist unser Reichum, den wir von Golgatha nehmen mit Glaubenshänden, daß wir bekennen dürfen: "An Ihm haben wir die Erlösung durch sein Blut, die Vergebung der Sünden." Denn Christus Jesus ist uns von Gott gemacht zur Weisheit, zur Gerechtigkeit, zur Heiligung und zur Erlösung."

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 4. April.

Die Warthe fällt weiter.

Der Wasserstand hat sich heut früh 8 Uhr auf 5,84 Meter gesenkt, und man hatte bereits gestern nachmittag an der Wallischeibrücke ein erhebliches Fallen des Warthespiegels feststellen können, da die Brücke selbst vom Hochwasser kaum noch erreicht wurde. Außerdem spülten die Fluten auf den Straßen, die, wie z. B. der Gerberdamm an der Eisenbahnbrücke, unter Wasser gesetzt sind, so daß hier der Verkehr nach dem Kernwerk bzw. dem Schilling durch Räume aufrecht erhalten werden muß, nicht mehr so weit wie am Mittwoch, dem Tage des Wasserhöchststandes. Da vom Oberlauf der Warthe aus Neudorf und Schrimm fortgesetzt ein weiteres Fallen der Warthe gemeldet wird, so ist der weitere Rückgang des Wasserstandes in Posen einzuweisen. Natürlich ist ein erneutes Auftreten des Hochwassers beim Aufbruch des Wartheheiles zu erwarten. Es muß zugegeben werden, daß die behördlichen Stellen alles tun, um die Gefahren des Hochwassers zu mildern und Unglücksfällen vorzubeugen. So ist beispielweise auf der Wallischeibrücke eine Einschränkung des Massenverkehrs über die Brücke durch die Polizei vorgenommen worden, daß Neugierige der Zugang zur Wallischeibrücke unteragt wird und nur solche Personen die Wallischeibrücke passieren dürfen, die den Nachweis führen, daß sie dort wohnen oder dort etwas Dringendes zu erledigen haben.

In der Stadtvertretungsversammlung ist bereits mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Hochwassermeldedienst über das Hochwasser der Warthe vollständig versagt hat. In früherer Zeit pflegten die Hochwassernachrichten vom oberen Lauf der Warthe auf Grund amtlicher Mitteilungen täglich in sämtlichen Zeitungen ohne Unterschied der Nationalität bekanntgegeben zu werden, als Warnungen für die Anwohner des Unterlaufs der Warthe, die dadurch mancher Gefahr vorbeugen konnten. Von diesem Melddienst hat man diesmal nichts gelernt; er ist auch jetzt noch nicht eingerichtet. So belägt sich

Wir warnen behalb dringend vor diesem Müller, da er augenscheinlich ein Schwindler ist. Sollte er sich irgendwo zeigen, so würden wir darüber, wenn man uns Mitteilung macht, damit es möglich ist, die Behörden auf seine Person aufmerksam zu machen, die großes Interesse für ihn haben müßten, da er auch mit polnischen Grenzen weisen handelt, die er sich irgendwo auf unrechtmäßige Weise beschafft haben muß, und außerdem nach seinen Angaben für seine Person sowohl einen polnischen wie einen deutschen Pass besitzt.

Oh, Hans," stöhnte sie, "nun ist es heraus, — nun werden sie es bald alle, alle wissen, daß ich zu Dir — ins Atelier kam —"

"Hm!" Seine Gedanken beschäftigten sich noch mit dem Briefe.

"Hans — siehst Du denn gar nicht, daß ich rat- und hilflos bin? Nun wissen sie ja alles!"

"Mein Gott, was schadet denn das! Einmal mußte sie es doch entdecken. Ganz verborgen bleibt nichts."

Seine Finger zitterten nervös an seinem Bart.

"Aber was sie nun denken und sagen werden! So, so mußte es nicht kommen!"

Er drehte sich rasch um.

Rechte darüber mit Deiner eigenen Ungeschicklichkeit, Kind. Du bliebst zu lange hier oben! Hättet Du mir da an der Tür nicht noch eine sentimentale Geschichte über Briefeschreiben erzählt, so würde die alte Hexe die Lust rein gefunden haben."

"Hans — sonst blieb ich Dir nie zu lange — nicht lange genug!"

"Natürlich, die Redensart ist alt, Liebchen, die kennt man. Den vorwurfsvollen Ton auch: Sonst und jetzt! Jetzt ist die Notwendigkeit vor allen Dingen da, daß Du eine plausible Geschichte erfandest, die Deiner Wirtsfrau den Mund stopft. In diesen Gelegenheitsdichtungen seid Ihr Weiber ja Meisterinnen!"

Sie deutete auf das Bild. "Hans, das spricht klar gegen Sie! Sie würde mir nichts glauben — und ich mag auch nicht lügen."

Er war ärgerlich. "So sage Ihnen die Wahrheit!"

"Die Wahrheit!"

"Meinetwegen!"

(Fortsetzung folgt.)

Er ballte das dicke, glänzende Papier zusammen, um es dann wieder auseinander zu falten und zu glätten.

Sie kommt nicht, o wie schade! stieß Mente hervor. Karoline, die sich aus dem Inhalt des Schreibens keine Geschichte zusammenstellen konnte, hielt sich nun an das Nächste.

Also gewiß und wahrhaftig die Mente hier bei dem jungen Herrn Maler — nu is ja auch die Stimme, und nu habe ich mich gar nich geirrt, und nu gucken Sie mich ja auch ganz erschrocken an! Gi seh mal einer! Und drüber immer, als könne man kein Wässerchen trüben, und so still und immer Sonntags Arbeit, und so verschlossen. Ne, seh doch! Und dann war sie bei einer Staffelei und riß mit einem Ruck das Tuch von einem Bilde.

Da habe ich mich also doch nich geirrt, wie mir das so bekannt vorkam. Gar nich — Und hat so wenig an, daß sich ein ordentlicher Mensch ja förmlich schämen muß, wenn er das ansieht." Sie schlug die knochigen Hände zusammen. "So was lebt nich!"

Ach, Fräulein Karoline — "

Und immer so eingebildet getan," schrie sie, "daß ein anderer Mensch meinte, es wäre ganz gut, wenn er nochmals in die Gemeindeschule ging. Nich zu sagen, gar nich zu sagen. Na, mit den Herren Malers, da muß wohl ein Auge zugekehrt werden, aber an die Mansell Eug

der „Stadt- und Land-Vote“ in Birnbaum in seiner Nr. 41 vom 3. April mit Recht:

Aus Landwirtschaftskreisen werden wir oft mit Anfragen über den Stand des Wassers befragt, können aber leider meistens keine Auskunft geben, da uns von den zuständigen Stellen keinerlei Mitteilungen über den Wasserstand gemacht werden. Früher waren wir hierüber stets unterrichtet da uns die Abschriften der Telegramme zum Aushang im Schaukasten zugeschickt wurden und somit die Bevölkerung Gelegenheit hat, sich über den Stand des Wassers zu unterrichten.“

Bekanntlich ist in Posen eine Hilfsaktion für die vom Hochwasser Geschädigten eingeleitet worden. u. a. haben die hiesigen Kaufmännischen Organisationen dem Stadtpresidenten Ratzsch 1½ Millionen übergeben zur Unterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten, sodann aber auch zu dem Zwecke, um die Arbeitslosen zu den Rettungsarbeiten heranzuziehen und das Wohl der entlasteten. Außerdem haben die genannten Organisationen in ihrer gestrigen Sitzung zwei weitere Millionen gezeichnet.

Die Leiche des am Montag im Eichwalde beim Rettungswerk ertrunkenen Pionierhauptmanns Prusinowski ist heute früh in Bielawko ans Ufer gespült und geborgen worden. Der Kommandeur des Pionier-Regiments, A. Görski, widmet dem Verunglückten in polnischen Wäldern einen Nachruf. Ihm entnehmen wir, daß Pr. 1878 in Kruschwitz geboren wurde und das Gymnasium in Nowowatraw absolvierte. Dann besuchte er die Baugewerbeschule in Posen. In den Krieg berufen, war er verschieden verwendet, avancierte zum Lieutenant und erhielt zahlreiche Ordensauszeichnungen, darunter den hohen Orden „Virtuti militari“.

Aus Unterberg wird berichtet: Viele Personen begaben sich am Dienstag nichts Böses ahnend, ruhig nach Posen; als jedoch des Abends zurückkehrten, fanden sie ihre Häuser unter Wasser vor, so daß sie nur mit Booten zu ihnen gelangen konnten.

Deutsche Rentenempfänger in Polen.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Zeilen gebeten: Die reichsdeutschen Rentenempfänger, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in Polen werden nochmals darauf hingewiesen, daß ihre Ansprüche und Wünsche am schnellsten geprüft und erledigt werden, wenn sie sich unmittelbar an das für sie allein zuständige Versorgungsamt Schneidermühle wenden. Alle Sendungen sind ratsam zu frankieren, damit Vergrößerungen und Rücksendungen möglichst vermieden werden. Soweit eine Umanerkenntung nach dem Reichsversorgungsgesetz noch nicht stattgefunden hat, liegt dieses, besonders bei Hinterbliebenen, an der schwierigen Altersherbeischaffung. Diese Rentenempfänger werden daher aufgefordert, die in ihren Händen befindlichen früheren Rentenbescheide oder sonstige Mitteilungen, aus denen ein früherer Bezug von Versorgungsbehörden usw. zu ersehen ist, nach Zurückholung einer Abschrift dem Versorgungsamt Schneidermühle unmittelbar einzusenden. Kriegsbeschädigte haben nur einen Anspruch auf Rente, solange infolge einer Dienstbeschädigung ihre Erwerbsfähigkeit um wenigstens 25 vom Hundert gemindert oder ihre körperliche Unfähigkeit schwer beeinträchtigt ist. Bei Anträgen auf Erhöhung der Rente infolge Verschlimmerung des Rentenleidens oder bei Witwen die erwerbsunfähig geworden sind und 60 vom Hundert der Vollrente des Verstorbenen noch nicht beziehen, sind ärztliche Bezeugnisse und sonstige Beweismittel beizubringen.

Denjenigen Rentenempfängern, die außer der Rente eine Zusatzrente erhalten können wird mit dem Rentenbeobacht ein dementsprechendes Merkblatt zugeschickt. Die im Falle des Bedürfnisses nach den Richtlinien dieses Merkblattes zu stellenden Anträge sind ebenfalls unmittelbar an das Versorgungsamt Schneidermühle zu richten. Beschädigte unter 50 v. H. und Witwen mit einer Rente von 80 v. H. erhalten keine Zusatzrente.

Alle Rentenempfänger werden an die Rückgabe der ihnen angestellten Lebensbescheinigungen erinnert, da sie sonst mit der Einstellung der Rentenzahlung zu rechnen haben. Vom 1. April ab ist eine Renten erhöhung um 20 v. H. eingetreten. Besondere Mitteilung der erhöhten Beiträge ergeht nicht.

Zubiläum des Evangelischen Gesangbuches.

Das erste evangelische Gesangbuch ist im Jahre 1824 erschienen. Die evangelische Kirche rüstet sich allerorten, dieses Ereignis in dankbarer Festfreude zu feiern und sich des Tages zu erinnern, der das evangelische Gesangbuch in Kirche, Schule und Haus hineingebracht hat.

Das Evangelische Konzistorium zu Posen ordnet demnach auch für seinen Aufführungsbereich an, daß am Sonntag Kantate, dem 18. Mai 1924, in allen Gottesdiensten dieses Ereignisses in Predigt und Gebet gedacht und die Gemeinde an den reichen Schatz erinnert werde, den sie im Gesangbuch hat. Wo irgend angängig empfiehlt es sich, am Nachmittag oder Abend liturgische Andachten oder Gemeindeselzere zu veranstalten, bei denen einerseits unsere Kirchenlieder selbst reichlich zur Verwendung kommen, anderseits die Geschichte und Bedeutung des Kirchenliedes und Gesangbuches in nachdrücklicher Weise den Gemeinden nahegebracht wird. Herr Pfarrer Gräfe Ulrich, Posen, Grobla 1 (fr. Grabenstraße) ist bereit, auf Wunsch wegen misslicher Ausgestaltung dieser Feiern Maßnahmen zu erteilen.

Wohnungsbeschaffung für die Gäste der IV. Posener Messe.

Da zu der sich nähernden Posener Messe eine ungeheure Zahl von Gästen zu erwarten ist, die die hiesigen Hotels nicht werden unterbringen können, bittet das Messeamt Wohnungsinhaber, die eine oder mehrere Personen aufnehmen möchten, sich beim Messeamt an der ul. Glogowska (fr. Glogauer Straße) beim Oberschlesischen Turn über im Neuen Stadthaus (Alter Markt) zu melden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Zimmerpreise außerordentlich günstig festgesetzt werden. Nähere Einzelheiten kann man beim Messeamt erfahren.

Der Magistrat der Stadt Posen appelliert an die Gastfreundschaft der Bewohner und erinnert an die Vorteile, die aus der Anwesenheit der Messeteilnehmer die hiesige Allgemeinheit hat.

Wetter, Staatenstand und landwirtschaftl. Arbeiten.

Die Lufi hat sich noch immer nicht wesentlich erwärmt, und in manchen Nächten spricht es noch in den letzten Märztagen. Nachdem der Schnee weggetaut war, wiesen die Saaten im allgemeinen eine braune Farbe auf. Inzwischen hat die Vegetation schon etwas begonnen, und die Roggensäaten haben sich ein wenig begründet. Einem erfreulichen Ausblick bieten sie aber noch nicht, denn, abgesehen von dem teilweise nicht bestriebenen allgemeinen Stande bemerkt man jetzt viele Befallsstellen, die verschiedene Ursachen haben wie Ausfanzen, Mäusefraß, Fusarium usw., manche Schläge sehen geradezu schrecklich aus. Bei Weizen wird sich erst in einigen Tagen näher feststellen lassen, wie ihm der Winter bekommen ist. Da der Alter noch nicht frostfrei ist, kann er nur sehr langsam austrocknen, und die jetzt so sehr drängenden Arbeitsarbeiten bleiben immer mehr zurück. Auf den leichtesten Böden konnte man am 1. April die ersten Pflüge bei der Arbeit sehen, zu einer Zeit, zu der man im vergangenen Jahre fast mit der Frühjahrsbestellung fertig war. Geradella konnte in den letzten Tagen hier und da gesät werden.

X Todessall. Gestorben in gestern vormittag der Präsident des hiesigen Appellationsgerichts Jan Motyl im Alter von 74 Jahren. Der Verstorbene war ein Sohn des Professors Motyl vom hiesigen Mariengymnasium. Er war in deutscher Zeit lange Jahre Rechtsanwalt und Justizrat in Grätz und gewürde als solcher dem Vorstande der Posener Anwaltskammer an. Nach der polnischen Umwälzung wurde er auf die Übernahme des Justizwesens durch die polnischen Bevölkeren zum Präsidenten des Posener Appellationsgerichts ernannt.

Eisenbahnfahrplanänderung. Die Posener Eisenbahndirektion bittet uns um Aufnahme folgender Mitteilung: Um den Kindern, Beamten und Kaufleuten eine spätere Rückkehr aus Czepin zu ermöglichen und die Wartezeit in Czepin auf den Zug nach Posen abzukürzen, wird mit Gültigkeit vom 7. April der Fahrplan des Auges Nr. 8553 A. auf dem Abschnitt Szczecin-Czepin wie folgt geändert: Szczecin Abfahrt 1 Uhr 35 nach, Manieckan 1 Uhr 50, ab 1 Uhr 57, Grabianowo 2 Uhr 10, ab 2 Uhr 20, Szoldz 2 Uhr 33, ab 2 Uhr 40, Czepin an 2 Uhr 55.

Versicherungsinstitut für Unfälle in der Landwirtschaft. Der Magistrat bittet folgendes bekannt zu geben: Der Posener Landesauschuss, als Hauptverwaltung des Versicherungsinstituts für Unfälle in der Landwirtschaft, beschloß Teuerungsschläge zu den Unfallversicherungen den Personen zuzuerkennen, die auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht berechtigt sind. Zuschläge zu empfangen. Entsprechende Anträge müssen gerichtet sein: Do Zaklad Ubezpieczenia od Wypadków w Rokietwie w Poznaniu, Aleje Marcinkowskiego 29 (Stacostwo Krajobrazu).

Polnische Einmillionenscheine. Die Krakauer Kriminalpolizei hat in Podgorze mehrere Personen verhaftet, die falsche Einmillionenscheine in den Verkehr brachten. Die näheren Nachrichten führen zur Verhauptung eines gewissen Chotkiewicz, der im Kreuzendorf gelesen, 560 Stück darausser Bielen hergestellt zu haben. Sie sind recht gut gearbeitet, so daß es schwer fällt, ihre Unechtheit festzustellen.

Falsche Dollarnoten. Die zur Untersuchung der im Umlauf befindlichen unechten Dollars von den Vereinigten Staaten gesetzte Kommission hat festgestellt, daß die weniger roffiniert nachgeahmten Dollarscheine meistens außerhalb Amerikas kursieren. Am zahlreichsten sind noch der Meinung dieses Ausschusses die Falschgeld in Polen, wohin sie über die Ostgrenze aus Sovjetrussland dringen. Die Kommission wird nächstens durch die Verbindung der Gesellschaften der Polizeibehörden einen genauen Bericht über die von den Fälschern angewandten Systeme der Notenmachbildung überbringen. Es ist zweifellos, daß viele Personen, die große Dollarbestände bei sich in Verwahrung halten, bedeutende Verluste erleiden werden.

Gegen einige Arrestanten-Mißhandlungen wendet sich eine Verfügung der Behörde. Danach sind Polizeibeamte, denen noch gemessen wird, daß sie sich tatsächlich einer körperlichen Mißhandlung gegenüber Verhafteten schuldig gemacht haben, sofort aus dem Dienst zu entlassen, und die Sache ist der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. Unabhängig hiervon werden die zur Beaufsichtigung der unteren Beamten berugenden Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen.

Kirchenchor der Christuskirche. Durch den plötzlichen Tod des Herrn Dr. Löwenthal hat unter vielen anderen Organisationen auch der Kirchenchor der evangelischen Christuskirche einen schweren Verlust erlitten. Nach der Umwälzung und im Verlauf der großen Wiederherstellung war er bereits eingegangen, und erst der nunmehr Bereavie hat ihn zu neuem Leben erweckt und ihn drei Jahre hindurch geleitet. Nunmehr ist es gelungen, einen neuen Leiter zu finden. Herr Oberlehrer Dr. Döring hat sich bereit erklärt, die Leitung zu übernehmen und will Mittwoch, 9. April, abends 8 Uhr im Gemeindehaus der Christuskirche die erste Übung veranstalten. Die bisherigen Mitglieder und neue sangeskundige und -freudige Mitglieder der Gemeinde werden hierzu eingeladen.

Religionswissenschaftlicher Vortrag. Der achte Vortrag aus der Vortragsreihe des Superintendenten Rohde „Religiöse Gärten zur Zeit der Entstehung des Christentums in ihrer Bedeutung für die heutigen religiösen Neubildungen“ wird bestimmt, die Vorläufer der Gnoss und den Spiritismus und die Anthroposophie und wird im Konfirmandensaal der Pauluskirche Montag, den 7. d. M., abends 8 Uhr, stattfinden (nicht Dienstag, mit Rücksicht auf den Bachverein).

Mitgliederversammlung der evangelischen Kirchengemeinden.

Nachdem bereits einige für die Mitglieder sämtlicher hiesiger Kirchengemeinden evangelischen Bekennens bestimmte Versammlungen stattgefunden haben, in denen über die äußere rechtliche Lage und die Verhältnisse und Geldverhältnisse unserer Kirchengemeinden Berichte gehalten worden sind, an die sich eine

regelmäßige Angeschlossen hat, soll nun auf Wunsch der letzten beratigen Versammlung auch ein Abend der Begegnung eines religiösen Problems gewidmet sein. Als erste Frage wird behandelt werden die für uns hier wichtigste: Religion und Patriotismus“. Den Vortrag darüber hält Herr Superintendent Rohde. Die Versammlung findet im kleinen Saale des Evangelischen Vereinsbaus Donnerschau, 10. April, 8 Uhr abends, statt. Die Mitglieder unserer evangelischen Kirchengemeinden werden hierzu eingeladen.

Zum Festen der Hochwasser geschädigten Bewohner.

Wie die Großholtz Konzertagentur mitteilt, findet heute, Freitag um 8 Uhr abends im Evangelischen Vereinshaus ein Konzert statt,

dessen Beitrag für die von der Überschwemmung heimgesuchten Bewohner bestimmt ist. Die Konzertgeber sind die polnische Biennale Boffa Racinewiczowa und der polnische Violoncellist Adam Rutkiewicz. Gespielt werden, wie schon mitgeteilt, auktor Solocompositionen für Violoncello und Klavier zwei Violoncellosontaten von Beethoven und Rubinstein. Es sei noch hinzugefügt, daß seit zwei Jahren in Posen kein Konzert eines Violoncellisten gegeben wurde.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt

Sonntags, 6. d. M., einen Ausflug nach Puszcza-Tarnowo-Krzysztof. Abfahrt 7.55 nach Gondale. Rückfahrt 7.10 abends.

□ Posener Wochenmarktpreise. Auf dem Kreismarkt (Freitag)

Wochenmarkt zahlte man für 1 Pfund Butter 2½ Millionen, die Mandel 2½ Millionen, das Pfund Umlungen 1½ Millionen, Weinöl 800 000 Mk., Mohrrüben 200 000 Mk., Weißkraut 600 000 Mk., Rosmarin 800 000 Mk., Rosel (Gembhähne) 1 Million, 1 Zitrone 200 000 Mk., 1 Apfelsine 30 000 Mk., das Pfund Erdbeeren 400 000 Mk., Bohnen 600 000 Mk., Speck 1700 000 Mk., Schweinefleisch 1500 000 Mk., Kalbfleisch 1200 000 Mk., einen Salzhering 250 000–30 000 Mk., das Pfund grüne Heringe 1500 000 Mk., ein mageres Huhn 2 Millionen, ein schweres Huhn 6–8 Millionen, eine Gans 15 Millionen.

X Bogen-Wohnungswuchs verurteilt die 7. Posener Strafkammer die Witwe Meta Streim von der ul. Cieszkowskiego (fr. Königstraße) zu 180 Millionen Geldstrafe und Brüderlichkeit des Urteils, weil sie von dem Kaufmann W. Bartkowiak im November v. J. für eine leere Alzhimmerwohnung 500 Dollar Abstandsgeld verlangt hatte.

X Beflagt-Nahmte Diebesrente. Im 2. Polizeikommissariat an der ul. Wieliw Garbars 27 (fr. G. Gerberstr.) lauert ein vermutlich aus einem Diebstahl herauftretender dunkelblauer Herren-Sklanmann.

X Als Ladendieb festgenommen wurde gestern eine b. kannte sie von Katharina Bandekla, die in einem Geschäft an der ulica Szamarzewskiego 1 (fr. Kaiser Wilhelmstr.) eine Goldschmiede hatte, während zwei Männer den Diebstahl zu decken versuchten. Einer ihrer Helfershelfer wurde gleichfalls festgenommen.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus dem Hause ul. Franciszka Naleczola 31 (fr. Ritterstr.) ein Magnet zu einem Motorrade, eine elektrische Lampe und ein Revolver im Wert von 18 Millionen aus einer Wohnung ul. Strumy nowa 5 (fr. Bachstr.) eine wertvolle Bettdecke, ein Satz, Hemden und mehrere Kinderhemden im Wert von 300 Millionen. Eine besondere Art von Diebstählen wurden diejenigen von Bleibrennen usw., die gestern weder im Stadtbüro vermerkt von denselben Dieben verübt wurden. So wurden im Hause ul. Krzyżowa (fr. Kreuzstr.) drei Bleibrennen im Wert von

50 Millionen, aus dem Hause Görla Wilda 113 (fr. Kronprinzenstr.) 3 Messingvähne im Werte von 100 Millionen, aus dem Hause Görla Wilda 119, zwei Messinghähne und zwei ½ Meter lange Bleibrennen gestohlen.

Eine andere beliebte Diebstahlsspezialität bildet die Diebstähle im Gastwirtschaften, von denen gestern drei gemeldet wurden. In dem einen Hause wurde einem Gaeste in einer Gaststätte an der ul. Wielawa 9 (fr. Wielauer Str.) eine silberne Uhr mit silberner Kette gehoben. In einem Restaurant an derselben Straße wurden gleich zwei Diebstähle verübt: dem einen Gaeste wurde 100 polnische Franks und 160 Millionen Npk., einem anderen Gaeste eine silberne Herrenuhr mit goldenem Stein im Wert von 100 Millionen Mark gehoben. Endlich wurde noch aus einer Wohnung in der ul. Wielawa 9 (fr. Wielauer Str.) eine schwarze Weisflucht gehoben.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern: 13 betrunke 14 Männer, 4 Weiber, 5 Liebe und 2 gesuchte Personen.

* Bentzien, 3. April. Der auf Freitag, den 11. April, angekündigte Kram-, Pferde- und Viehmarkt findet schon am Donnerstag, dem 10. d. M., statt.

* Briesen, 3. April. Im Alter von 90 Jahren ist hier der Ehrendomänen und Prälat Dr. Polomski gestorben.

* Bromberg, 3. April. Ein Dekan- und Treppenmeister ist gestorben. Das zweistöckige Haus hat sechs Fensterfront und eine Mansardewohnung. Schon seit mehreren Tagen zeigte sich in den Wänden des Treppenhofs und der Wohnungen bedenkliche Mist. Vor gestern früh erfolgte der Einsturz einer Decke des Parterregeschosses, der das ganze Treppenhaus stark in Mitleidenschaft zog. Die Bewohner konnten sich über eine Hintertreppe in Sicherheit bringen und mit Kleidung und Wäsche und die notwendigsten Gebrauchsgegenständen konnten mitgenommen werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Einsturz soll auf mangelhafte bauliche Zustandsbelastung des Hauses zurückzuführen sein. Nach der „Gaz. Byd.“ liegt die Ursache des Deckeneinsturzes darin, daß die Inhaber der genannten Geschäfte Wände aus dem Hause herausgebrochen haben, auf denen die Tragbalken ruhen. Ein frischer Überfall ist in Borkowo, fr. Bromberg, vorgekommen. In der Nacht zum 2. April drangen Diebe in ein Gasthaus ein, indem sie eine Fensterscheibe eindrückten. Sie verprügelten die Gastwirtsfrau, ließen sie gefesselt liegen und stahlen kostbare Waren, die etwa eine Million Wert haben.

* Ronisz, 3. April. Schwere geprägt wurde die Familie M. Brill in Schlagenthin. Am vorigen Monat starb der Vater Michael Brill nach langer Krankheit. Mehrere unvergessene Kinder sind in kurzer Zeit verstorben.

* Kurnik, 4. April. (Privattelegramm) Gestern wurde hier bei einer Frau Anna Beyer ein 20 Millionen Drahmschädel verübt. Gestohlen wurden viel Baumwolle, verschiedene überlasse Waren, die etwa eine Million Wert haben. Ein frischer Überfall ist in Borkowo, fr. Bromberg, vorgekommen. In der Nacht zum 2. April drangen Diebe in ein Gasthaus ein, indem sie eine Fensterscheibe eindrückten. Sie verprügeln die Gastwirtsfrau, ließen sie gefesselt liegen und stahlen kostbare Waren, die etwa eine Million Wert haben.

* Neutomischel, 2. April. In der heutigen Nummer 40 der hiesigen „Kreis-Zeitung“ findet sich folgendes „Eingesandt“: „Am gestrigen 1. April, als die alten Rentenempfänger ihre Quittungen in dem hiesigen Polizeibureau zur Abrempfung vorlegten, verlangten die dortigen Beamten, daß sie sich der polnischen Sprache für ihr Anliegen bedienten. Da die meisten hiesigen Rentenempfänger derselben nicht mächtig sind, und alles Bitten nichts half, waren sie genötigt, längere Zeit zu warten. Einige nahmen sich in ihrer Not einen Dolmetscher und hatten dafür 500 000 Mark zu bezahlen. Diese armen alten Leute, die schon so häufig ihr Leben fristen, müssen also von ihren geringen Renten noch eine halbe Million dafür ausgeben, daß sie sich gut Deutsch verstehenden Beamten ihre Bitte in polnischer Sprache vorgetragen erhalten. Die älteren können doch unmöglich die polnische Sprache erlernen. Auch würden ihnen die Mittel, Unterricht zu nehmen, fehlen, und deshalb ist gerade dieses Verlangen beklagenswert und wird jedenfalls auch von dem größten Teil unserer Bürger polnische Dinge nicht für öffentlich gehalten.“

* Pelpin, 2. April. Die Bestattung des ersten vom merkwürdlichen Bojenoden, Kaszemski, fand hier unter händer Beteiligung statt. Aus allen Teilen Pommerellens waren Vertreter von Behörden und Berufskreisen erschienen. Den Sarg trugen vier pommerellische Starosten zur Gruft. Die Traurede hielt Pastor Kirlik aus Bützow. Am Grabe sprach Pfarrer Kopecky aus Garz und der Vertreter des Appellationsgerichts.

* Samter, 4. April. Am Sonnabend, dem 12. April, abends 8 Uhr, findet im Sundmannischen Saale eine neue Theateraufführung statt, bei der alle die bewährten Künste der letzten Beratungen wieder mitwirken werden. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Johannesfeuer“ von Hermann Sudermann. Das Stück gehört zu den augenfälligsten Stücken, die über die Bühne gehen und wird überall mit großer Begeisterung aufgenommen. Besonders auch darum, weil sich gerade hier Potsdam, Gemünd und Ernst miteinander mischen. Der Abend verläuft sehr gemütlich zu werden und die Deutschen aus Samter und Umgegend werden wieder einen schönen Abend verleben dürfen. Wenn wir an die letzten Beratungen denken, so wird sicherlich das Interesse wieder sehr rege sein.

Neues vom Tage.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Frachtenttarife und Ausfuhrabgaben für polnische Holzmaterialien.

Der Standpunkt der Warschauer Holzverbände.

Der Vorstand der Warschauer Holzverbände gibt den ihm angeschlossenen Gruppen in einem interessanten Bericht Aufschluß über die aktuellen Fragen der Gütertarife, Holzausfuhrabgaben, Zollgebühren und deren praktische Anwendung, sowie über den Stand der Verhandlungen, die mit dem polnischen Ministerium zwecks Abschaffung noch bestehender Härten und Mängel eingeleitet sind. Aus diesem Bericht sei folgendes angeführt:

Nach energischen Bemühungen der Warschauer Holzverbände hat die Umgruppierung von Holzladungen den Export von Tarifklasse VII nach Tarifklasse VIII bestätigt. Diesem Besluß ist allerdings eine Beschränkung beigegeben, nämlich, daß diese Tarifermäßigung nur für solche Ladungen Anwendung findet, bei denen die Entfernung größer als 600 Kilometer ist. Die Frachtkosten bei Entfernungen unter 600 Kilometern werden, sofern sie bei Berechnung nach Klasse VII höher sind, als für eine Entfernung von 600 Kilometern, bis auf einen Betrag reduziert, der die Frachtkosten für 600 Kilometer nach Klasse VIII nicht übersteigt.

Hiernoch kommt man zu folgenden Ergebnissen: Holzmaterialien werden auf Grund des neuen Tarifs berechnet von 1-380 Kilometern nach Klasse VII; von 881-600 Kilometern nach einem einheitlichen Satz an 1,82 Goldf. von 100 Kilometern und schließlich über 600 Kilometer nach Klasse VIII. Diese Vergünstigung kommt allerdings nur für den Export in Frage. Wir bewerben, daß eine Differenzierung von Holzmaterialien für alle Tarifentfernungen entsprechend vorgenommen werden müßte. In dieser Richtung sind bereits Schritte beim Eisenbahministerium unternommen.

Betrifft der Ausfuhrabgaben hat die Regierung folgende Erhöhungen vorgenommen: 1. Die Ausfuhrabgabe für Grubenholz, Papierholz und Telegraphenstangen, die bisher 4 Schilling betrug, wird auf 2 Schilling je Fettmeter ermäßigt; 2. die Abgabe für Nadel-Walzholz, die bisher 5 Schilling betrug, wird auf 2½ Schilling je Fettmeter ermäßigt; 3. die Abgabe für Laubholz (Bauware) und Spatenholz bleibt unverändert.

Da wir an einzelnen Positionen erkennen, daß die ermäßigten Abgaben der gegenwärtigen Konjunktur nicht angepaßt sind, und zwar weil besonders Grubenholz, Papierholz und Telegraphenstangen als Endprodukte unzureichend mit einer Ausfuhrabgabe belastet sind, deshalb werden wir alles daran setzen, um die Regierung zu veranlassen, die auf diese Holzsorten gelegten Ausfuhrabgaben gänzlich abzuschaffen.

Bezüglich der Ermäßigung der Umsätze für Exportgeschäfte sind Schritte zwecks Ermäßigung der Steuer auf 1 Prozent für Fabrikate der Sägeindustrie eingeleitet. Das Handelsministerium fordert fällige Unterlagen, die die Notwendigkeit der Reduzierung der Umsatzsteuer darlegen. Deshalb werden die Mitglieder des Verbandes eracht, so schnell wie möglich ihre Meinung in diesen Fragen, gestützt auf zahlenmäßige und konkrete Grundlagen, klarzulegen. Eine Reduzierung der Umsatzsteuer kann nur bei Fertigfabrikaten der polnischen Industrie in Frage kommen.

Wie bekannt, erheben die Grenzgällämter von den Holzporten eine spezielle Zollgebühr von durchschnittlich 35 Millionen Mfp., was ungefähr 10 Proz. der Fracht bei einer Entfernung von 550 Kilometern beträgt. Die Erhebung dieser überaus hohen Gebühr ist um so weniger begründet, als der größte Teil der exportierenden Firmen die Dienste privater Spediteure in Anspruch nehmen muß, die alle mit dem Export in Zusammenhang stehenden Manipulationen zu erledigen haben, während die Tätigkeit der Poststellen an der Grenze sich in der Regel nur auf Erfüllung geringfügiger Formalitäten beschränkt, die sich auf die Ausfuhrabgaben beziehen. In dieser Angelegenheit sind ebenfalls Schritte beim Ministerium unternommen worden, daß der Gesamtbetrag aus diesem Artikel nicht mehr als 3 Goldfrank von einem Wagon betragen dürfe.

Handel.

Das polnische Ausfuhrkontingent für Kerze ist vom Wirtschaftsausschuß des Ministerrates auf 100 000 Waggons festgesetzt worden.

Freigabe des rumänischen Weizenhandels. Der rumänische Handelsminister hat vorige Woche eine Verfügung unterzeichnet, wonach der inländische Weizenhandel nunmehr vollständig freigegeben wird. Auch der Mehlhandel ist von den bisher auferlegten Fesseln befreit worden. Vom Vertrage des Ministerrates wurde das Mahlminimum für Brauweizen auf 22 Prozent festgesetzt. Die Exportgebühr für Weizemehl und Weizen wurde mit 25 000 Lei je Wagon angesetzt.

Wirtschaft.

Über Pollands Wirtschaftslage wurden in der letzten Sitzung des Konziliums der staatlichen Planwirtschaftskommission von den Vertretern der einzelnen Abteilungen u. a. folgende Angaben gemacht: In der Schwerindustrie ist die Lage im Februar unverändert geblieben. Die Kohlenförderung betrug 61,4 Millionen Bud gegen 61,6 Millionen im Januar und die Zahl der beschäftigten Arbeiter 129 000 (gegen 130 000). Erheblich stärker als in der Kohlenindustrie war der Produktionsrückgang in der Metall- und Maschinenindustrie. Es wurden im Februar nur 22 Millionen Bud gegenüber 25 Millionen im Januar gemessen, während die Zahl der Arbeiter in derselben Zeit von 27 000 auf 29 000 stieg. Die Erzeugung von Roheisen und Stahl hat sich auf der Höhe des Januar gehalten, dagegen hat die Produktion von Walzmaterial sogar um 25 Prozent zugenommen. Auch die Textil-

industrie zeigt ein weiteres Anwachsen der Produktion. In der Baumwollindustrie wurden Garne 7 Prozent, rohe Baumwollstoffe 10 Prozent und Fertigwaren 20 Prozent mehr hergestellt, während gleichzeitig die Zahl der Arbeiter um 1 Prozent stieg. In der Wollindustrie zeigt sich eine Vermehrung der Produktion bei Garnen um 7 Prozent, bei rohen Wollstoffen um 2 Prozent und bei Fertigwaren um 17 Prozent. Der Warenverkehr der Eisenbahnen stellt sich im täglichen Durchschnitt des Monats Februar um 9,5 Prozent höher als im Januar. Diese Zunahme fällt größtenteils auf Getreide und Holzfrachten, dagegen hat der Frachtabverkehr von anderen Exportwaren und von Kohle abgenommen. In der ersten Märzdekade sank der allgemeine Warenverkehr gegenüber der dritten Februardekade wieder um 11 Prozent. An diesem Rückgang ist der innere Getreideverkehr mit 16, der Transport mit 7 Prozent, von Holz mit 26 Prozent und der Getreideexport mit 48 Prozent beteiligt. Nach Angaben des Vorstandes des Wollkommissariats für den Außenhandel ist der Außenhandel Pollands im Januar durch den Rückgang des Imports und Exports gegen Dezember charakterisiert. Im Januar betrug der Import 12,4 Millionen Rubel, im Dezember 14,2 Mill. Rubel, der Export im Januar 21,4 Mill. Rubel, im Dezember 35,5 Mill. Rubel. Von der gesamten aufgespeisten Getreidemarkt von 317 Millionen Bud wurden bis zum 1. Februar 142 Millionen Bud verkauft, wovon schon 122,5 Millionen Bud ausgeführt sind. Die Preisbildung für Getreide zeigt für die erste Märzdekade ein Fallen um 20-25 Prozent je Bud im Vergleich mit der letzten Februarwoche. Die Konjunktur für Flachs ist ungefähr dieselbe wie für Getreide. Der Innemarkt zeigt ebenfalls ein Abbrechen der Preise (am 24. Februar kostete 1 Bud Breslauer Flachs 8,9 Rubel und am 2. März 8,88 Rubel). Rzeczy Flachs entsprechend 7,8 und 7,74 Rubel), während der Auslandsmarkt ebenso wie der ausländische Getreidemarkt ein Steigen der Preise anzeigen. Nach Angaben des Vertreters des Finanzministeriums über den Geldumsatz und den Kredit betrug der allgemeine Geldumsatz am 1. März 552 Millionen Tschirwone-Rubel. Der Anteil der einzelnen Geschöpfe verteilte sich am 1. März folgendermaßen: Sonnenfels 8,6 Prozent (am 1. Februar 12,6 Prozent), Bonitäten 79,6 Prozent (am 1. Februar 84,8 Prozent), Certifikate 4 Prozent, Staatsfestscheine 10,1 Prozent (am 1. Februar 1,8 Prozent), Silberminzen 1,8 Prozent, Bons 0,8 Prozent. Der allgemeine Preisindex ist am 11. März um 4,2 Prozent zurückgegangen, wobei die "Tiere" für Anfang März unverändert blieb. Der Tschirmonat-Burs ist gestiegen, und damit auch seine Kaufkraft. Das Verhältnis zwischen Tschirwone und einem Rechnungsboldest war am 1. Februar 10 Rubel Gold = 1,41 Tschirwone, am 11. März 10 Rubel Gold = 1,2 Tschirwone.

Industrie.

○ Zur Produktionserhöhung der deutsch-österreichischen Kohlenindustrie ist die Belegschaft der dortigen Gruben nunmehr um über 50 Prozent vermehrt worden und soll im Laufe der Zeit noch weiter vermehrt werden, damit wenigstens der Stand der Verteilungsförderung wieder erreicht wird, was bisher trotz bedeutender Personalverstärkung noch nicht möglich gewesen ist.

○ Der Geschäftsgang bei der österreichischen Eisenbetonindustrie war in den ersten beiden Monaten 1924 befriedigend. Auch in den kommenden Monaten wird die Betonindustrie hauptsächlich für die Montanindustrie über und unter Tage reichlich zu tun haben.

Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 3. April. (Für 1 kg in Goldmark.) Elektrolytiner 1,32. Raff. Kupfer 1,22-1,24. Orig. Kupferweichblei 0,68-0,70. Hüttenrohmk 0,64-0,68. Remeltet Biskuitzink 0,59-0,61. Rinn (Vana) Straits. Austral 5,20-5,25. Hüttenzinn (min. 99%) 5,05-5,10. Reitanickel 2,30-2,40. Ammon-Niuguss 0,92-0,97. Silber in Barren (900 fein) 94,00-95,00.

Börse.

■ Warschauer Börse vom 3. April. Devisen unverändert. Staatspapiere liegen ruhig. Effekten schwach bei größeren Umsätzen. Banknoten (in Millionen): Wyssotzky 25, Handlowy 24, Kredytowy 19, Handlowy Poł. 8,5, Bachodny 8,5, Bielański Poł. 21,75. Industriewerte: Sole Bolesławie 21, Klemenski 1,75, Puls 1,5, Spiegel 4,1, Sola i Swiato 2,075, Choćów 20, Goślawice 5, Michałow 2,7, Warsz. Tow. Fabr. Cukru 14,5, W. A. Węglarz 22,75, Nobo 6,3, Gęgielski 21,75, Figner 11, Komper 36, Mai 2,6, Modrzewi 4,45, Kordlin 2,7, Ortmann 2,1, Starachowice 14,2, Unia 24, Ursus 4,4, Bieleńowski 41, Zamiercie 18,5, Bydgoszcz 14,90, Polekie Lloyd 0,5, Cimelów 3, Haberbusch 25, Spirinus 8,6, Lombard 1,85, Ostrówiec 7.

■ Berliner Börse vom 3. April. (In Billionen Mark.) Amsterdam 155,61. Brüssel 21,55, Christiania 57,36, Copenhagen 69,43, Stockholm 110,72, Helsingfors 10,57, Mailand 18,85, London 18,05, New York 4,19, Paris 25,14, Schweiz 73,57, Spanien 54,86, Raban 1,795, Wien 6,08, Prag 12,71, Jugoslawien 5,63, Budapest 8,38, Sofia 3,29, Danzig 72,21.

■ Österreich in Berlin vom 2. April. Freizelehr. (Kurse in Billionen Mark) ist je 10 Millionen polnische Mark, übriges je 100 Einheiten. Auszahlung: Warshaw 4,81 G., 4,93 B., Bułarest 2,85 G., 2,415 B., Riga 84,15 G., 85,85 B., Romno 41,53 G., 45,45 B., Katowitz 4,76 G., 4,88 B. — Noten: polnische 4,61 G., 4,85 B., lettische 88,85 G., 87,60 B., estnische 1,07 G., 1,18 B.

Gugekelt wurde auf Bułarest 37½ v. H., auf polnische Mark 33½ v. H., alles übrige voll.

Warschauer Börse vom 4. April.

Dollar 920,000-924000. Engl. Pfund 39,450 000

Schmetterkrone 1,600 000. Franz. Frank 540 000.

hrende Scheune in Brand. Dann fuhr sie nach Tilsit, stellte sich aber dort, da ihr inzwischen zum Bewußtsein gekommen war, was sie eigentlich getan habe, freiwillig der Polizei und gestand ihre Tat. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Spenden für die Altershilfe.

Gemeinde Namithal 10 000 000.- M.
S. B. (24. Rate) 20 000 000.-
Ungenannt 5 000 000.-
Evangelische Schule in Tarnowo p. Naskoniewice pow. Wolsztyn 264 0000.-

Beitrag aus Nr. 72 614 000.- M.

zusammen 2140 97,- 806.- M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postfachkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erhält und nimmt gern entgegen.

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblatts.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ausklüsse werden unteren Zeilen gegen Entsendung der Bezugsschulung unentgeltlich, wer ohne Gewissheit unterteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur annahmewillig und wenn ein Briefmarkenlog mit freiemate beilegt.)

B. in S. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen; wir glauben aber nicht, daß eine Umvertretung stattfindet. 2. Wir haben in Nr. 66 des "Pos. Tagebl." in dem Artikel "Die Emigrantensieger" mitgeteilt,

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

3. April
Wertpapiere und Obligationen: 4. April
Brosz. Skota Pozycja Państwowa 1450

1450000-140000

Bancknoten:
Awielski, Potocki i Sta. I.-VIII. Em. 550

500

Bank Przemysłowa I.-II. Em. 800

2000

Bank Poł. Sąd. I.-XI. Em. 2000

800

Polski Bank Handl. Poznań I.-IX. Em.

400

Industrieaktien:
Arcome I.-V. Em. 400

—

Bogoska Fabr. Wydział I.-II. Em. 200

—

A. Bartłomiejski I.-VI. Em. 150

—

Bielizna I.-II. Em. 150

—

Browar Królewski I.-V. Em. 670-680

210-200

C. Cegelski I.-IX. Em. 200

—

Centrala Rolnicza I.-VII. Em. 60

—

Centrala Drzewna I.-II. Em. 120

—

Centrala Słot. I.-V. Em. 700

700

Czartoryski I.-III. Em. 18 000

—

Goplana I.-III. Em. 450

—

G. Hartmig. - VI. Em. o. Bezug. 150

—

Hartwig Stanislawie I.-II. Em. 150

30-28

Hurt. Gwiazdowa I.-V. Em. o. Kup. 100

—

Kuźnia Błotnica I.-III. Em. 1425-1400

1450-1425

La. I.-IV. Em. eft. Kup. 480

—

Łaz. Fabryka Przem. Ziemi. I.-IV. Em. 20 000

20 000

Ł. Roman Now I.-IV. Em. 8 800

8 200-8 300

Łódź Ziemiański I.-II. Em. 300

Deutscher, polnischer Staatsbürger, sucht sofort oder

1. Juli 1924

Pacht

von 1000 bis 2000 Morgen,

mit oder ohne eisernes Inventar. Bezahlung in wertbeständiger Waluta. Ges. Angebote unter N. 6238 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wasser mühlen gut,

5 Tonnen-Mühle mit 120 Morgen Landwirtschaft, 15 Minuten von Kreisstadt und Bahn (Pommern) gelegen, soll an fürgeschlossenen Käufer sofort für Mt. 200.000.— verkauft werden. Offerten unter N. 6420 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

„Der Weltmarkt“

Organ für die Einkäufe mit neuen Rubriken ab 1. April d. J. „Auskunfts-Zentrale für den Osten“ „Leistungsfähige deutsche Lieferanten für den Bedarf der Oststaaten“ dient den Interessen des oststaatlichen deutschen Handelsverkehrs. Jahresbezugspreis 9½ Dollar einschl. Porto. Einzelne Probenummern kostenfrei durch J. C. König & Ebhardt, Hannover. Verlag: „Der Weltmarkt“.

Nähmaschinen, Zentrifugen, Fahrräder

stets auf Lager.
Alfred Jaensch, Rogoźno (Rogasen).



Drahtgeslechte in jeder gewöhnlichen Höhe und Stärke.
Drahtkartoffelförde in jeder Größe.
Drahtfischreusen für alle Arten, aus Aluminiumdraht — rostet nie. Preislisten gratis.
W. Brose, Drahtwarenabth., Driesen in Brandenburg.

Original Zimmermann „Hallenüs“ Drillmaschinen,

1½ m breit, 17 Reihen, habe zu äußerst günstigen Preisen sofort ab Lager Poznań abzugeben.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Chiffre-Angebote

(Offertenbriefe), denen das Briefporto mit 250 000.— Mark nicht beigelegt ist, können für sich allein nicht weitergeleitet werden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Zur Saat.

Pettiner Gelbhafer,

1. Abt. von Original, 1923 von Pettina bezogen, durch die Wielta Izbka Kolonie anerkannt, 50 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz vom Vorlage der Verladung, feiner 6242.

Pettiner Sommerroggen,

älterer Nachbau. 30 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz am Vorlage der Verladung gibt in Zäusers Säden gegen Nachnahme ab.

Dom. Golina Wielka

(Langguhle).

Adresse: Dominiun Golina Wielka. Station: Bojanowo, pow. Rawicz.

Möbliertes Zimmer von besser situiertem Herrn
Ges. Offert. mit. 6415 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Oster-Geschenke

Przemysławska Eau de Cologne für Kenner

Halka

Chypre

Róza Polska

Fuder Mialor und Maryla

hygienisch, unsichtbar.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Henryk Zak, Poznań

Fabrik feiner Parfümerien.

Drahtgeslechte

liefert a. verzinktem Draht in bester Ausführung. Holen Sie Offerte ein unter Ang. d. Quantums. Alexander Maenel Nowy Tomyśl 5.

Osterwunsch!

Fräul., evgl. 30 Jahre alt sucht bessere Herrenbekanntschaft zwecks gem. inf. Sozietätsgängen, spätere Heirat nicht ausgeschl. Ges. off. u. Pach 6442 a.d. Geschäftsst. d. Bl. erh.

Für Aussteller in Handel und Industrie!

Sämtliche Geschäfts-Empfehlungen zur bevorstehenden

Posener Muster-Messe

finden weiteste Verbreitung und haben durchgreifenden Erfolg in dem am meisten gelesenen Posener Tageblatt.

Zum Weiterausbau einer Fabrik für einen konkurrenzlosen Artikel wird gegen gute Verzinsung und evtl. Gewinnbeteiligung eine

1. Hypothek

von 16—20.000 Goldmark gesucht. Friedenswert 125.000 Mt. Ges. Angebote unter N. 6341 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zur Frühjahrsflanzung

empfiehlt alle Arten Obst- u. Alleenbaum, auch Pfirsich-, Feucht- u. Ziersträucher, Heckenpflanzen, hohe und niedrige Rosen, Stauden-, Spargel- u. Erdbeerpflanzen.

Aug. Hoffmann, Baumgäulen, Gniezno.

Kleesiebe

Drahtgewebe für Reinigungsmaschinen sämtliche Sorten sowie Haar- u. Drahtsiebe stets auf Lager.

Erste Posener Schleif- u. Siebfabrik

A. Pohl, Poznań

ul. Zamkowa 6 (früher Schloßstraße).

„Reform“

ist die billigste

Walzen-Schrotmühle.

Große Leistung!

Geringer Kraftverbrauch!

Tadelloses Schrot!

Für Göpel- u. Kraftbetrieb.

Sofort ab Lager lieferbar.

Paul Seler, Poznań

ul. Przemysłowa 28.

Tragende Sauen

der großen, weichen Inlandssasse, veredelt durch die westfälische Rasse, im Alter von 12—14 Monaten und im Gewicht von 225—250 Pfund, verkauf zum Preise vor 225—250 Pfst. frei Waggon Zerförder.

Dom. Smielów, p. Zerków.



Wir haben bereits begonnen mit der amt. Revision der

Blitzableiter

der Reihe nach und gegenseitig. Wir bitten um weitere Bestellungen, um rechtzeitig den Versicherungen genügen zu können.

Gleichzeitig führen wir aus, untersuchen und reparieren aller Art und Umfang es

elektrische Installationen.

Von Juli 1880 ab ununterbrochen tätig das Spezialunternehmen elektrisch. Installationen

ELEKTROTECHNIK T. z o. p.

Poznań, sw. Marcin 62. Telefon 3108.

Leiter: F. Biskupski Dipl.-Ing. f. Elektrot.



Blitzableiter ist revidiert.

Związkowa Centrala Maszyn

Tow. Akc.

Poznań — Wjazdowa 9.

Telegramm-Adresse:
CEMAT A.

Pflüge — Kultivatoren — Eggen
Drillmaschinen — Sämaschinen
„Westfalia“ — Pflanzlochmaschinen,
drei- und vierreihige — Kartoffelsortier-
maschinen — Dämpfer — Behäuf-
lungsmaschinen für Getreide u. Rüben —
Getreidereinigungsmaschinen — Stren-
maschinen — Trieure.

Fernsprecher:
22-80, 22-89.

Größtes Ersatzteillager in Großpolen.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Prompte Lieferung.

Prompte Lieferung.

Zur Frühjahrsbestellung

sehen von unseren bewährten Züchtungen noch zur Verfügung:

Orig. p. s. G. „Selbsternhäuser“ (zweizeilig, höchster Ertrag bei größtem und schwerstem Korn, gern gelehnte Brauware).

Preis: höchste Pos. Brzennotiz für Hafer u. Braunerde + 80 % Zusch.

Orig. p. s. G. „Blücher“ (tausendste Silesian, sicherster Stärkeproduzent für alle leichten Böden, vierjährige Siegersorte, spätreifend). Bl. weiß, Sch. gelblichweiß.

Preis: höchste Posener Speiselerntenotiz + 160 %.

Orig. p. s. G. „Odenwälder Blane“ (wohlschmeckende, gelbfleischige Frühsorte). Bl. gelb, Sch. blau.

Preis: höchste Posener Speiselerntenotiz + 195 %.

Lieferung mit Frachtermäßigungsschein kann sofort erfolgen. Von sämtlichen Sorten zum selben Preis werden auch Eliten auf Anbaustationen (geeignete Weizenarten) gegeben.

Ausverkauf! Inh. Elite und Orig. p. s. G. „Neue Industrie“, p. s. G. „Berder“, p. s. G. „Müllers Fröhle“ u. Klein Spiegler, Wohlmann u. „Silesia“.

1. Abt. von Original, 1923 von Pettina bezogen, durch die Wielta Izbka Kolonie anerkannt, 50 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz vom Vorlage der Verladung, feiner 6242.

älterer Nachbau. 30 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz am Vorlage der Verladung gibt in Zäusers Säden gegen Nachnahme ab.

Dom. Golina Wielka (Langguhle).

Adresse: Dominiun Golina Wielka. Station: Bojanowo, pow. Rawicz.

Möbliertes Zimmer von besser situiertem Herrn

Ges. Offert. mit. 6415 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

1. Abt. von Original, 1923 von Pettina bezogen, durch die Wialta Izbka Kolonie anerkannt, 50 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz vom Vorlage der Verladung, feiner 6242.

älterer Nachbau. 30 Prozent über höchste Posener amtlichen Notiz am Vorlage der Verladung gibt in Zäusers Säden gegen Nachnahme ab.

Dom. Golina Wielka (Langguhle).

Adresse: Dominiun Golina Wielka. Station: Bojanowo, pow. Rawicz.

Möbliertes Zimmer von besser situiertem Herrn

Ges. Offert. mit. 6415 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.